Jülicher Kreisblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises Jülich.
Gegründet 1823.

Bezugspreis für den Monat 2 Mark einschließlich Botengeld. Zum Postbezug tritt das Bestellgeld für die Zustellung durch den Briefträger. Preis der Einzelnummer 10 Pfg. der Doppelnummer 15 Pfg. Geschäftsstelle: Jülich, Kölnstraße 13. Fernruf Nr. 39. »»»» Telegrammadresse: Kreisblatt Jülich. Postscheck-Konto Amt Köln 24635. ««««

Verantwortlich: Adolf Fischer und J. Friedrichs, Jülich.

Aelteste und verbreitetste Zeitung im Kreise.
Gegründet 1823.

Anzeigenpreis 20 Goldpfennig für die Petitzeile, behördliche Anzeigen 25 Goldpfennig, Reklamezeile 100 Goldpfennig, Auskunfts- und Offert-Gebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen bis zum Mittag des Vortages erbeten. Aufnahme an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Bei Klagen und Konkurs wird der Rabatt hinfällig. — Postscheck-Konto Amt Köln 24635.

Rotationsdruck und Verlag: Jos. Fischer, Jülich.

Donnerstag den 27. Januar 1926 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage — **103. Jahrgang — Nr. 22 (1. Blatt)**

Mittelstandstagung in Jülich.

Es ist eine Seltenheit, daß Mittelstandstagungen zahlreich besucht werden und besonders in der heutigen Zeit ist man etwas versammlungsmüde geworden. Ganz anders gestaltete sich die am Sonntag den 24. cr. tagende Generalversammlung des Kreisverbandes für Handel und Gewerbe, wozu aus dem ganzen Kreise viele Hundert Mittelständler erschienen waren und den großen Viktoria-Saal bis auf den letzten Platz ausfüllten. Die Versammlung wurde zu einer großartigen Kundgebung und verschaffte durch die interessante Vortragsfolge den versammelten Mitgliedern einen außerordentlich anregenden Nachmittag, welcher gleichzeitig ein in unserer Zeit besonders erfreuliches Bild fester Geschlossenheit und unbedingten Zusammenarbeitens darbot. Auch die Ruhe und Spannung, mit der man den Vorträgen zuhörte, bewies, daß man den Ernst der heutigen Lage verstanden hatte. Der Vorsitzende, Herr Johann Ramrath, eröffnete um 3 Uhr die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten und machte auf die Wichtigkeit der Mittelstandstagung aufmerksam. In interessantester Weise wurden von ihm die Gründe, welche zum Entstehen des Kreisverbandes geführt haben, und welche heute vor allen Dingen die Notwendigkeit eines Vertretungsorgans rechtfertigten, auseinandergelegt. Den durch die Satzung zugewiesenen Aufgaben der Förderung der einzelnen Gewerbearten und der Vertretung des Gewerbes gegenüber der Oeffentlichkeit und den Behörden habe der Kreisverband nach besten Kräften und in unermüdlicher Arbeit seine Tätigkeit gewidmet. Die zur Zeit schwebenden Wirtschaftsfragen wurden von dem Vorsitzenden in treffender Form kurz dargelegt und bewiesen, daß Handwerk und Gewerbe nur dann eine Berücksichtigung erwarten dürfen, wenn man eine einheitliche, von allen inneren Schwierigkeiten ungestörte Front bilde.

Der Geschäftsführer, Herr Dr. Fervers, zeichnete an Hand von Zahlenmaterial, in welcher Weise sich der Verband seit Bestehen der Geschäftsstelle entwickelt hat. Es ging daraus hervor, daß der Kreisverband, welcher unter ganz besondern Schwierigkeiten gegründet worden ist, sein erstes Geschäftsjahr sehr günstig abschließt und heute als die maßgebende Vertretung für Handwerk und Gewerbe zu betrachten ist. Es sind dem Kreisverband angeschlossen 13 Innungen und 21 Gewerbevereine. Der Geschäftsführer erläuterte die Aufgaben und die Einrichtungen der Geschäftsstelle und konnte der Versammlung die erfreuliche Mitteilung machen, daß die seit langem empfundene Notwendigkeit, geeignete Büroräume zur Verfügung zu haben, nunmehr ihre Verwirklichung dadurch gefunden habe, daß sich die Geschäftsstelle ab 1. Februar Bahnhofstraße 1 (früher Notariat Hasebrink) befindet. Es folgte dann ein ausführlicher Vortrag über das Thema:

Die steuerliche Belastung des Mittelstandes.

Schon seit Jahren kämpft die Wirtschaft gegen die steuerliche Ueberlastung und immer wieder wird von allen Seiten darauf hingearbeitet, die untragbaren Lasten zu vermindern. Es ist bekannt, daß im Jahre 1924 zirka 2 Milliarden über den Haushaltsetat des Reiches an Steuern vereinnahmt wurden und daß es im Jahre 1925 ähnlich war, denn in den Monaten April bis November 1925 wurden wiederum 565 Millionen und im Monat Oktober allein 150 Millionen über die im Haushalt vorgesehenen Zahlen eingenommen. Dieses ist besonders erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die Möglichkeiten, aus der Wirtschaft Steuern zu ziehen, sich gegenüber früher sehr eng begrenzt haben. Ein vollkommen verarmtes Volk und eine Wirtschaft, welche sich kaum noch über Wasser halten kann, kann ganz normaler Weise an Steuern und Abgaben nicht das aufbringen, was bei gesunden Verhältnissen vielleicht leicht möglich gewesen wäre. Trotzdem das Volkseinkommen auf ungefähr die Hälfte gesunken ist, haben sich die öffentlichen Lasten auf ungefähr das Dreifache erhöht. Es ist selbstverständlich, daß dies zu immer neuen Schwierigkeiten führen muß und somit der gewaltige Ruf nach einer Minderung der Steuern berechtigt ist. Teilweise ist man diesem Ruf im Laufe der Zeit, wie z. B. durch Herabsetzung der Umsatz- und Einkommensteuer, gefolgt. Aber es ist vor allem die Vielheit der nebeneinander bestehenden Steuerarten, welche die Belastung zu einer untragbaren gestaltet. Hier steht der gewerbliche Mittelstand besonders schlimm da, weil vor allem er, der, wie kein anderer Stand von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig ist, durch die allgemeinen Ursachen der heutigen Notlage, durch Krieg und Inflation, besonders schwer geschädigt ist. Die Inflation entzog dem gewerblichen Mittelstande das unbedingt notwendige Betriebskapital, sie verringerte seinen Warenbestand bis auf ein ganz Geringes und die übrig gebliebenen Reste gaben wenig Möglichkeiten, die Betriebe wieder auf die Friedenshöhe zu bringen. Von einer in früheren Zeiten als selbstverständlich angesehenen allmählichen Vergrößerung, Erweiterung und Verbesserung der Betriebe konnte natürlich gar nicht gesprochen werden, vielmehr versuchte der Mittelstand, sich durch die schlechten Zeiten so gut und schlecht es eben ging, hindurchzuwirtschaften und die von ihm verlangten Steuern zu zahlen. Der durchschnittliche Gewerbetreibende bezahlt heute 1. Umsatzsteuer, 2. Einkommensteuer, 3. Reichsvermögenssteuer, 4. Staatliche Grundvermögenssteuer, 5. Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer, 6. Gemeindegrundsteuer, 7. Hauszinssteuer, 8. Gewerbeertragssteuer, 9. Gewerbekapital- bezw. Lohnsummensteuer, 10. Kirchensteuer, 11. Kreiselektrizitätssteuer, ferner Abgaben zur Berufsgenossenschaft, zur Sozialversicherung und wie die einzelnen Arten alle heißen, welche zusammengerechnet soviel ausmachen, daß zirka 40 Prozent des gesamten gewerblichen Einkommens in öffentliche Kassen fließen. Nun wird es erklärlich, daß aus dem übrig bleibenden Rest eine Verbesserung und Erweiterung des Betriebes nicht gut möglich ist, daß im Gegenteil schon die Erhaltung und Fortführung des Betriebes in größte Schwierigkeiten geraten muß. Es erscheint weiterhin erklärlich, daß die gewaltige Last der höheren Steuern und der erzielten Uebernahmen nicht für die dringend notwendige Hebung unserer Wirtschaft benutzt wird, sondern zu einer Vergrößerung des Beamtenapparates oder doch zu einer Erweiterung der staatlichen Aufgaben. Wir beschreiten heute einen für die Zukunft sehr bedenklichen Weg zur Verstaatlichung und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Richtung langsam, aber dauernd innegehalten wird Dr. Fervers erklärt dann das Wesen und die Schattenseiten der einzelnen Steuerarten. Die Umsatzsteuer mag bei normalen Zeiten und bei gutem Geschäftsgang eine Belastung darstellen, welche für den Einzelnen durchaus tragbar erscheint und dem Staat eine gewaltige Einnahme verschafft. In Zeiten wirtschaftlicher Not jedoch muß die Umsatzsteuer trotz des Grundsatzes der Abwälzung von der Substanz gezahlt werden. Unter den heutigen Verhältnissen müssen sehr oft Umsätze stattfinden, bei welchen ein Einkalkulieren der Umsatzsteuer vollkommen unmöglich ist, und dies muß sich ganz natürlicher Weise in Zeiten schärfsten Konkurrenzkampfes mehren. Die Einkommensteuer hat in der Zeit nach der Inflation besonders viel Anlaß zu einer Kritik gegeben, denn sie richtete sich nicht nach der Leistungsfähigkeit, sondern nach dem Umsatz. Das Reich mußte, als die Inflation sämtliche Arten der Steuererhebung unbrauchbar gemacht hatte, nach einem Modus suchen und fiel dabei auf jenes System der Vorauszahlung nach dem Umsatz. Ohne daß also die Tatsache des Einkommens feststand und ohne jede Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit mußte die Einkommensteuervorauszahlung geleistet werden. Das Reich hatte für das Jahr 1924 ausdrücklich versprochen, die Einkommensteuer am Schluß des Jahres endgültig zu veranlagen, d. h. die Steuer von dem effektiven Einkommen zu errechnen. Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden

Für das Jahr 1925 ist die endgültige Veranlagung ausdrücklich durch Gesetz zur Pflicht gemacht. Dr. Fervers bespricht sodann in ausführlicher Weise den Entwurf eines sogenannten Steuerhöchstlastengesetzes, wonach für sämtliche Steuern eine Einnahmenhöchstgrenze gebildet und bei Ueberschreiten dieser Höchstgrenze eine Senkung der entsprechenden Steuer erfolgen soll Die Schaffung einer solchen Gesetzesmaßnahme wäre, sofern natürlich die Einnahmen-Höchstgrenze wirklich der heutigen Wirtschaftslage angepaßt wird, sehr angebracht und das Reich und die übrigen Steuerbehörden müßten mit den ihnen im Höchstfalle zustehenden Beträgen haushalten. Diesen Vorschlag begünstigen schon rein wirtschaftliche Erwägungen, aber auch Forderungen der Gleichberechtigung, da bei der Lohnsteuer eine Herabsetzung automatisch erfolgt, sobald eine gewisse Einnahme aus der Lohnsteuer überschritten wird. Dies muß natürlich auch den Gewerbetreibenden, welche doch im Verhältnis zu dem Arbeitnehmer noch stärker belastet sind, zugebilligt werden und es geht nicht an, daß einzelne Kreise der Staatsbürger in dieser außerordentlich starken Weise, wie es bisher beim Mittelstand der Fall war, überlastet werden. Dr. Fervers führt an Hand von Beispielen an, daß in manchen Berufen des gewerblichen Mittelstandes weit über die Hälfte augenblicklich ohne jede Beschäftigung ist und macht darauf aufmerksam, wie dringend notwendig es ist, daß auch die kleineren Gewerbetreibenden mit einer regelmäßigen Buchführung, wenn auch in der einfachsten Form, beginnen. Sodann wird die Vermögenssteuer in ihren Einzelheiten erläutert, es wird auf die Bedeutung des Reichsbewertungsgesetzes hingewiesen und verlangt, daß die zur Bewertung des gewerblichen Betriebsvermögens im Bezirke des Finanzamtes zu bildenden Gewerbeausschüsse sich nur aus Sachverständigen zusammensetzen. Die Hauszinssteuer wird von den Gewerbetreibenden in besonderer Weise als eine ungerechte und unmoralische Belastung empfunden. Neuerdings soll die Hauszinssteuer ab 1. April nach einem Prozentsatze der Friedensmiete erhoben werden. Es wird die genaue Ausfüllung der vom Katasteramt geforderten Vordrucke empfohlen und darauf hingewiesen, daß eine Minderung der Hauszinssteuer dann erfolgt, wenn die Belastung des hauszinssteuerpflichtigen Grundstückes am 31. Dezember 1918 nicht über die Hälfte des Wertes hinausging, der als Steuerwert für die Veranlagung der preußischen Grundvermögenssteuer den Steuerschuldnern mitgeteilt worden ist. Da die Minderung nur auf Antrag erfolgt, so mögen diejenigen, welche hierfür in Frage kommen, den Antrag durch den amtlichen Vordruck, welcher kostenlos bei der Gemeindebehörde zu erhalten ist, stellen. Von den sonstigen Steuern interessiert uns, vor allem die Landbevölkerung, die Gewerbesteuer

Der frühere Kreisausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, die Zuschläge zur Gewerbesteuer müßten mindestens das Doppelte betragen wie die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer. Eine derartige Einstellung mag damit begründet worden sein, daß die Genehmigungspflicht der Zuschläge bei der Grundvermögenssteuer mit 100 Prozent und bei der Gewerbesteuer mit 200 Prozent beginnt, und weiterhin damit, daß man das Aufkommen der Grundvermögenssteuer als eine rein landwirtschaftliche Steuer deuten will und diese der Gewerbesteuer gegenüberstellt. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß an dem Aufkommen der Grundvermögenssteuer nicht nur jeder Landwirt, sondern jeder Grundbesitzer beteiligt und es sehr häufig der Fall ist, daß, besonders auf dem flachen Lande, die Gewerbetreibenden Grundbesitz haben. Aus den vom Redner berichteten Einzelheiten der steuerlichen Belastung des gewerblichen Mittelstandes ergibt sich ein Gesamtbild, welches den Abwehrkampf als berechtigt erscheinen läßt. Dieser Protest ist umso mehr angebracht, als die Reichsregierung den gewerblichen Mittelstand, insbesondere das Handwerk, zu einem Abbau immer wieder veranlassen will. Dr. Fervers legt die Ursachen und Wirkungen des Gesetzentwurfes zur Förderung des Preisabbaues eingehend auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß das Handwerk gegen diese Ausnahmegesetzgebung energisch Protest erheben müsse. Dies und die steuerliche Ueberlastung ergibt für den Mittelstand, daß es nur einen Weg gibt: durch den festen Zusammenschluß ein Anhören und Nachkommen der berechtigten Forderungen zu erreichen zu versuchen. Hier liegt gerade die Bedeutung der Organisation, daß nicht nur in egoistischer Weise für sich selber gesorgt wird, sondern daß durch tätige und vernünftige Mitarbeit zu der Gesundung der deutschen Volkswirtschaft erheblich beigetragen werden kann. Mit einer in diesem Sinne gehaltenen ernsten Mahnung schloß der Redner unter außerordentlich starkem Beifall seinen mit Spannung verfolgten Vortrag. Eine vorzügliche Ergänzung erfuhr der Vortrag durch die treffenden Ausführungen des Herrn Rumbach über den Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus. Insbesondere wies er darauf hin, daß gerade Ausnahmegesetze den von ihnen betroffenen Stand außerordentlich stark schädigen. Herr Rumbach schlug der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die am 24. Januar 1926 in Jülich tagende Versammlung des Kreisverbandes für Handel und Gewerbe protestiert gegen die beabsichtigte Erdrosselung des deutschen Handwerks durch den Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus. Sollte dieser Entwurf Gesetz werden, so würde man damit das Handwerk als Berufsstand einer Ausnahmegesetzgebung unterstellen, wogegen das Handwerk auf das entschiedenste protestiert."

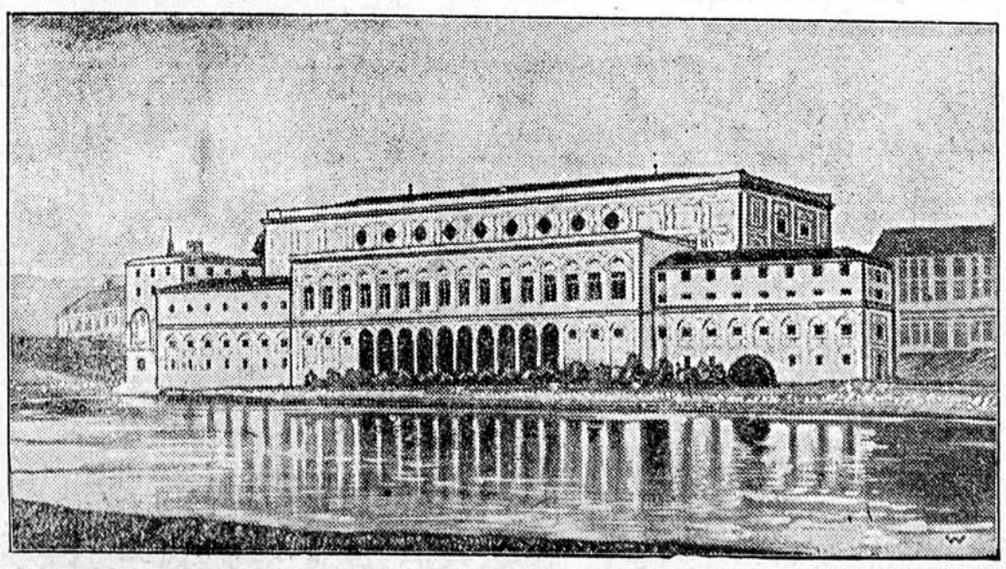
Die Resolution wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen und einstimmig beschlossen, diese sofort den gesetzgebenden Stellen zu Gehör zu bringen. — Die vorgeschrittene Zeit erforderte die Behandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung:

Aufbau und Aufgaben des Kreisverbandes.

Dr. Fervers begann seinen Vortrag damit, auseinanderzulegen, unter welch ganz besonderen Schwierigkeiten der Zusammenschluß des gewerblichen Mittelstandes erfolge. Als Vorbilder sind dem Mittelstand vorhergegangen die Organisationen der Landwirtschaft, Industrie und Arbeiterschaft, welche ihre Erfolge in der Hebung ihres Berufsstandes in erster Linie dem festen Zusammenschluß verdanken. Der Redner legte in ausführlicher und klarer Weise auseinander, von wem die Gründung der Organisation des Kreisverbandes ausgegangen und wer die Träger des Verbandes sind. Es sei verständlich, daß bei der Vielseitigkeit der Interessen des gewerblichen Mittelstandes der Zusammenschluß schwieriger sei als bei andern Berufsständen, daß es aber gelungen sei, der inneren Kämpfe und Schwierigkeiten, die man als Kinderkrankheiten bezeichnen müsse, Herr zu werden, sodaß heute der Verband einheitlich und geschlossen sein Ziel, die Hebung des gewerblichen Mittelstandes, unbeirrt verfolge. Mit einer treffenden Ermahnung an alle diejenigen, welche es mit der Hebung ihres Berufsstandes ernst meinen: alle persönlichen und eigennützigen Bestrebungen auszuschalten, schloß der Redner seine ausführlichen Darlegungen. Der hiernach spontan einsetzende stürmische Beifall bewies, daß der Redner hier aus dem Herzen der ganzen Versammlung gesprochen hatte. Nach einer kurzen Diskussion wurde von Dr. Fervers das Thema

Berufsständische Versicherungsanstalten

behandelt, wobei er ausging von einer Entschließung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks. In dieser Entschließung lehnt



Die neue Stadthalle in Mülheim an der Ruhr.
Gesamtansicht von der Ruhrseite. (Entwurf der Architekten Pfeifer und Großmann, Mülheim.)

Die Großstadt Mülheim hat es trotz der ungeheuren Wirtschaftsnot fertig gebracht, eine neue Stadthalle zu errichten, die freilich seit langer Zeit einem dringenden Bedürfnis entsprach, da städtische Konzert- und Theater-Veranstaltungen in primitiven Sälen abgehalten werden mußten, was der Wirkung in vielfacher Hinsicht erheblich Abbruch tat. Der neue pompöse Bau liegt direkt an der träge vorüberfließenden Ruhr, die sich hier in hundert Arme verzweigt. Das prächtige Bauwerk will sich freilich der industriellen Umgebung wenig harmonisch anpassen.

das deutsche Handwerk die Ausdehnung der gesetzlichen Zwangsversicherung auf die selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden entschieden ab. Dr. Fervers erläutert in eingehender Weise die große Gefahr derartiger Bestrebungen, welche für den Selbständigen einen Beitrittszwang herbeiführen wollen. Es wird ein Schreiben der Handwerkskammer vorgelesen, welches deutlich die für das Handwerk unheilvollen Wirkungen erkennen läßt. Auch diese Bestrebungen sind in ihrer Wirkung Ausnahmebestimmungen gegen Handwerk und Gewerbe und müßten als solche aufs schärfste verurteilt werden. Genau so wie auf wirtschaftlichem Gebiete muß auch auf sozialpolitischem Gebiete die Losung des Handwerks und des Gewerbes sein: Selbständigkeit und Unabhängigkeit!

Nachdem über diesen Punkt einige Fragen in kurzer Diskussion erörtert waren, schloß der Vorsitzende gegen 6,30 Uhr die außerordentlich anregend verlaufene Versammlung mit herzlichen Worten des Dankes an alle Teilnehmer.

Kirchliche Nachrichten.

Der Todestag Benedikt XV.

△ **Rom**, 25. Januar.

In diesen Tagen jährte es sich zum fünften Male, daß Benedikt XV., der Friedenspapst, die Augen schloß. Trotz seines kurzen Pontifikats ist sein Name im Buche der Geschichte und im Herzen der Völker mit unvergänglichen Lettern geschrieben, und sein Grab in den Grotten von St. Peter noch heute das Ziel Tausender und Abertausender, denen der verstorbene Papst Gutes getan. Manche Mutter und manches Kind, denen er Sohn oder Vater durch seine Vermittlung zurückgegeben, sind unter den Zahllosen, welche an seinem Sterbetage an seinem Grabe niederknieen und ihr Scherflein zum Grabmonument in St. Peter beitragen, welches diesen körperlich kleinen und unscheinbaren, seelisch und geistig aber riesengroßen Papst der Zeit des Weltkrieges in Stein und Erz verewigen soll. Heute sind es nicht mehr die von dem zu ehrenden Papste ernannten Kardinäle, welche ihm in munifizenter Weise ein Denkmal setzen — diese bekommen heute ein „Gehalt" von zwei- bis dreitausend Mark jährlich, weniger als ein deutscher Bürogangestellter — sondern die Gläubigen bringen es durch freiwillige Beiträge auf. Gerade unser deutsches Volk hätte hierbei Gelegenheit, seine Dankbarkeit jenem Papste zu beweisen, welcher es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vor dem Zusammenbruch retten wollte, und ihm 1917 jene Friedensvorschläge vermittelte, die, wenn sie nicht durch die Haltung jener Kreise um Michaelis und Ludendorff vereitelt worden wären, das deutsche Volk heute jedenfalls in einer anderen Lage sehen würden, als in der es sich heute befindet. Während die Geschichte bereits den Stab über diese gebrochen, läßt jede neue Dokumentenveröffentlichung die Figur dieses Mannes leuchtender hervortreten, der von ihnen mit dem Namen „römischer Oberpriester" abgetan werden sollte, und dessen Name fast ein Symbol des Friedens und der Gerechtigkeit geworden ist

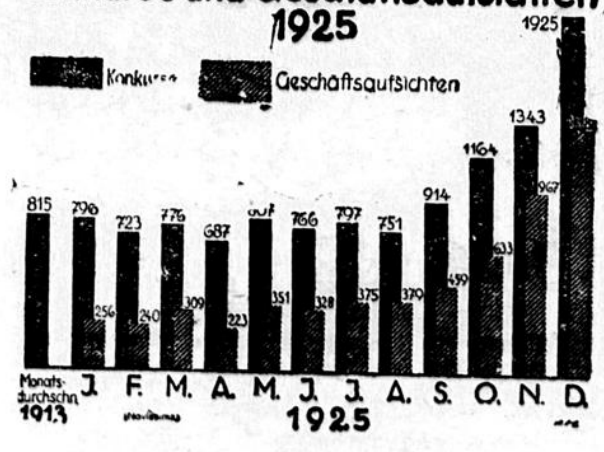
Die Lämmerweihe in St. Agnes.

△ **Rom**, 25. Jan. Am Agnestage fand in St. Agnes vor den Mauern die jährliche traditionelle Lämmerweihe statt. Die Wolle der beiden weißen Lämmer — die als Sinnbilder der Unschuld Attribute dieser vierzehnjährigen Märtyrerin sind — dient bekanntlich zur Verfertigung der bischöflichen Pallie, dieser uralten Abzeichen der bischöflichen Würde, die uns schon in den altchristlichen Malereien begegnen, und welche der Papst den Bischöfen übersendet, nachdem sie in einem kostbaren Schreine über dem Grabe des hl. Petrus geruht haben, auf diese Weise die apostolische Herkunft der bischöflichen Gewalt andeutend.

Landwirtschaftliches.

(*) **Köln**, 27. Jan. Der Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen will durch eine für den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Kolpinghaus zu Köln anberaumte Sondertagung die besondern Belange der Rübenanbauer in gleicher Weise fördern, wie er der Landwirtschaft im allgemeinen durch seine Bezirkstagungen in Aachen, Düsseldorf, Koblenz und Köln in diesem Jahre schon gedient hat. Die Tagesordnung sieht vor: 1. Eröffnung durch den Vereinspräsidenten Dr. h. c. Vossenich. 2. Vortrag von Geheimrat Professor Dr. Remy: „Welche Nutzanwendungen ergeben sich aus unsern letzten Zuckerrübenversuchen für den Rübenbauer und welche Fragen hat der Zuckerrübenversuchsring für die nächsten Jahre zu klären?" 3. Aussprache in weitern Kundgebungen.

Konkurse und Geschäftsaufsichten 1925



Konkurse und Geschäftsaufsichten 1925.

Der Ueberfluß von Firmengründungen der Inflationszeit zehrt noch immer an dem deutschen Wirtschaftskörper, und so hat denn nach der Stabilisierung der Mark ein Reinigungsprozeß eingesetzt, der noch nicht zu Ende ist. Im Laufe des letzten Jahres sind insgesamt 17 357 Firmen zahlungsunfähig geworden (11 449 Konkurse, 5908 Geschäftsaufsichten).

Nachrichten aus Stadt und Land.

Die Karnevalsfeier im Regierungsbezirk Aachen.

Der Regierungspräsident hat für den Regierungsbezirk Aachen folgende Polizeiverordnung über die Karnevalsfeiern erlassen: § 1. Veranstaltungen öffentlicher karnevalistischer Umzüge, karnevalistischer Veranstaltungen aller Art, sowie jegliches karnevalistische Treiben unter freiem Himmel sind verboten. — § 2. Auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten: 1. das Tragen karnevalistischer Bekleidung und Abzeichen jeder Art, 2. das Singen, Spielen und Vortragen karnevalistischer Lieder, Gedichte und Vorträge, 3. das Werfen von Luftschlangen, Konfetti und dergleichen. — § 3. Das Tragen von Gesichtsmasken aller Art ist bei karnevalistischen Veranstaltungen verboten. — § 4. Mit Ausnahme privater Veranstaltungen in Privathäusern wird der Begriff „geschlossene Gesellschaft" keiner karnevalistischen Veranstaltung (Bällen, Kappensitzungen pp) zugebilligt. Derartige Veranstaltungen werden vielmehr als öffentliche betrachtet und sind daher genehmigungspflichtig. Die Genehmigung erteilt die Ortspolizeibehörde. — § 5. Für die Karnevalstage vom 13. bis einschl. 16. Februar 1926 wird die Polizeistunde allgemein auf 2 Uhr nachts für den Stadtkreis Aachen und auf 1 Uhr nachts für sämtliche, den Landkreisen angehörigen Städte und Ortschaften festgesetzt. — Der Bestrafung unterliegen neben den Veranstaltern und Teilnehmern auch diejenigen, die zu verbotenen Veranstaltungen einladen, auffordern oder sie in ihren Häusern dulden.

Auto und Landstraßen.

* Der Deutsche Landkreistag sendet uns folgende Ausführungen:

Die Not der Landstraßen, die durch den Automobilverkehr in kurzer Zeit in Grund und Boden gefahren sein werden, wird wegen der Novelle zum Kraftfahrzeugsteuergesetz in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen. Insbesondere ist es der rapide Uebergang der Lastenbeförderung vom Schienenweg auf die Landstraßen, der die große Frage dringlich macht, wer denn für die Dauer die gewaltig gestiegenen Kosten für die Erhaltung der Landstraßen bezahlen soll. Was nützen alle Fortschritte des Automobilwesens, wenn für die Grundlage, die Fahrbahn, nicht gesorgt wird! Die gewöhnlichen Schotterstraßen in einer Gesamtlänge von 144 000 Kilometer, das heißt dem mehr als dreifachen Erdumfang, genügen für den Automobilverkehr bekanntlich nicht mehr. Mit einem Aufwande von mehreren Milliarden Mark — der Kilometer kostet z. B. in Kleinpflaster 80 000 Mark — müssen sie allmählich umgebaut werden. Allein die laufende Unterhaltung kostet je Kilometer mindestens 2—4000 Mark jährlich; bei 180 000 Kilometer Landstraßen in Deutschland, wobei mit 50 000 Kilometer Hauptdurchgangsstraßen gerechnet wird, sind das jährlich 460 Millionen, das heißt rund ½ Milliarde Mark! Die Kraftfahrzeugsteuer brachte bisher jedoch nur rund 50 Millionen Mark und die sogenannten Wege-Vorausleistungen — roh geschätzt — 15½ Millionen. Es geht nicht an, daß diese Aufwendungen im Interesse der Automobilbesitzer weiter aus dem großen Steuertopfe des Volkes bezahlt werden, geschweige denn der oben erwähnte notwendige Umbau der Straßen, der wahrscheinlich nur mit Auslandskredit möglich sein wird.

Die durch die Wegeunterhaltung am meisten Belasteten sind die deutschen Landkreise, die von den 180 000 Kilometer allein 126 000, d. h. zwei Drittel, zu unterhalten haben, danach die Provinzen. Wie kommt z. B. der pommersche Bauer dazu, mit Kreissteuern oder Provinzialsteuern den Betrag zu bezahlen, den eine Seifenfabrik in Köln an Eisenbahntarifen dadurch erspart, daß sie die Kreisstraßen in Pommern mit ihren Lastkraftwagen bedenklich abnutzt? Das Naheliegende wäre doch, jene Fabrik im Wege einer wirklich angemessenen Steuer heranzuziehen. Die jetzigen Merkmale der Kraftfahrzeugsteuer, die nur von der Art des Fahrzeugs, seinem Gewicht und der — fingierten — Pferdestärke ausgeht, sind offenbar zu roh und daher unzulänglich. Eine bloße Erhöhung der Steuer, wie die Reichsregierung sie plant ändert daran nichts. Die gefahrenen Kilometer müssen wie in den Eisenbahntarifen irgendwie berücksichtigt werden. Sonst wirkt die Steuer ungerecht und bringt zu wenig. Obwohl die Einführung des Steuermerkmales der tatsächlichen, ungefähren Benutzung der Straßen durchaus im Interesse der Industrie selbst liegt, sträubt sie sich vorläufig. Zum Teil verständlich, aber auch wieder unverständlich; denn fällt die Last auf die allgemeinen Steuern, so erdrosselt die Gewerbesteuer alle Betriebe! Es bleibt eben kein anderer Ausweg: Die Transportmittel müssen wenigstens etwa zu einem Drittel, mit den Kosten für die Erhaltung und den Ausbau der Fahrbahn belastet werden, ganz ähnlich wie es schon jetzt in anderen Ländern und bei uns — zu 100 Prozent — bei den Schienenbahnen der Fall ist.

—* **Wetterbericht.** Gestrige Höchsttemperatur 10 Grad, tiefste Nachttemperatur 4 Grad, keine Niederschläge. In ganz Mitteleuropa hält das milde Wetter an. Nur in Italien hat die große Kälte der letzten Zeit erst wenig nachgelassen. So meldet Ferrari noch 13 Grad unter Null.

Sonnenaufgang 8,21 Uhr, Untergang 5,18 Uhr; Mondaufgang 4,55 Uhr nachmittags, Untergang 8,08 Uhr morgens.

—* **Operetten-Theater Aachen.** Mit einer gut einstudierten Aufführung der „Csardasfürstin" wartete am vergangenen Mittwoch das Operetten-Theater Aachen auf. Die Titelpartie der „Csardasfürstin" war mit Jenny Schömig erstklassig besetzt und ließ sie im Verein mit ihrem Partner, Herrn Dir. Liese keinen Wunsch offen in Bezug auf Spiel, Gesang und Tanz. Das muntere Paar des Abends, Herr Wilde und Cissi Schulzeck, waren reizend in ihrer Art und verlangte das Publikum die von ihnen gesungenen Hauptschlager stürmisch da capo. Curt Preiß als Ferri bacsi wirkte äußerst sympathisch und das stolze Fürstenpaar fand würdige Vertreter in Tilli Rene und Karl Recke. Zu erwähnen sind noch die „Mädi's vom Chantant", die allerliebst spielten. Kapellmeister Kobricke leitete die Aufführung mit Umsicht und Hingabe. Alles in Allem ein wohlgelungener Abend. — Wie die Direktion mitteilt, findet am Sonntag, den 31. Januar, abends 7,30 Uhr, in Ameln — Saal Hages — eine Aufführung der „Csardasfürstin" statt.

× **Ameln**, 28. Jan. Am kommenden Sonntage wird die bekannte Künstlergesellschaft Operettentheater Aachen, Direktor F. Liese, auf Veranlassung des hiesigen Theatervereins hin ihr drittes Gastspiel geben. In anerkannter uneigennütziger Weise ist der Verein St. Nikolaus wiederum bestrebt, seinen Freunden einige Stunden hohen Kunstgenusses zu verschaffen. In den letzten Jahren sind ja auch vereinzelt Dilettantenvereine dazu übergegangen, sich an die Aufführung von Operetten heran zu wagen; aber in den seltensten Fällen werden die Besucher derartiger Veranstaltungen befriedigt worden sein. Was die Aufführung einer guten Operette bedingt, kann wohl in den wenigsten Fällen von der Laienbühne gestellt werden. Der Schwierigkeiten sind so viele: da ist vor allen Dingen eine gut geschulte Kapelle erforderlich, da fehlt beim Darsteller meistenteils die geschulte Stimme, wo das Stimmaterial vorhanden, da kommt die Mimik nicht zum Ausdruck, so daß vom Theaterspiel im günstigsten Falle nur noch ein Gesangsvortrag übrig bleibt usw. Die Gesamtaufführung muß naturgemäß unter diesen nicht zu meisternden Schwierigkeiten leiden und ist nicht im Stande, auch nur nachsichtigster Kritik standzuhalten. Es ist deshalb sehr zu begrüßen,

Gift im Blut.

Roman von Heinrich Laden.

Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

83 (Nachdruck verboten.)

„O, was denkst du!" rief er lachend. „So schnell kann nicht einmal Herr Karaka arbeiten. Er hofft aber, binnen acht Tagen den Hauptteil der Summe in Händen zu haben. Ich bin von dieser Nachricht sehr befriedigt."

Nach diesen Worten trat er auffallend schnell in sein Arbeitszimmer, so als wollte er einer weiteren Unterhaltung über diesen Gegenstand aus dem Wege gehen. Sanders blieb unbeweglich sitzen und blickte seinem Genossen mit sonderbarem Gesichtsausdruck nach.

Er erhob sich, zündete sich eine neue Zigarre an und schlenderte trotz der glühenden Sonne in den Park hinaus. Er durchstreifte ihn nach mehreren Richtungen hin, ohne aber von dem Boten auch nur eine Spur zu erblicken.

Als Kurullu das Bungalow verließ, schlug er zuerst den Weg zu den Gesindehäusern ein. Verstohlen spähte er umher. Als er in dem von der Sonne durchglühten Park nirgendwo ein menschliches Wesen erblickte, änderte er plötzlich seine Richtung, huschte unten den Bäumen und Büschen dahin, wo sie am [illegible] waren und erreichte ein Pförtchen in dem Palisadenzaun, das direkt in den Wald führte. Hier warf er abermals einen hastig spähenden Blick umher und schlüpfte dann flink wie ein Schatten in den dunklen Wald hinein. Hier war er sicher. Aufrecht und ohne zu zögern, eilte er vorwärts und erreichte nach Verlauf von zehn Minuten eine Palmengruppe, deren einzelne Stämme durch ein dichtes Lianengeranke wie durch Teppichvorhänge miteinander verbunden waren.

Kurullu griff in das Geranke hinein, zog es auseinander und trat hindurch.

Nun zeigte es sich, daß dieses Rankengeflecht die Wände eines Raumes bildeten, der, wenn er nicht durch menschliche Absicht entstanden war, ein höchst seltsames Gebilde der Natur war. Der Boden war ein weicher langhaariger Moosteppich, aus dem ein bunter Blumenflor emporsproßte. Ein großer Stein, glatt, als sei er durch die Kunst eines Steinmetzen behauen, lag in der Mitte — —

Und auf diesem Stein saß eine weibliche Gestalt, die Ellenbogen auf den Knien, das Gesicht zwischen den Händen, und starrte regungslos auf den Boden. In der Nähe graste ein Pferd, dessen Zaum an einem der Palmschäfte angehalftert war. Ein Damensattel lag dabei im Moose.

Diese Frau war Ria Pombal. Als der Hindu lautlos wie ein Geist durch das Rankengewebe zu ihr trat, schrak sie heftig zusammen. Als sie aber Kurullu erkannte, erhob sie sich hastig.

„Hast du alles besorgt? Hast du dem Sahib Ponks den Brief gegeben?"

„Ich habe alles besorgt. Wie Mensahib Pombal mir befahl, habe ich mir das Bungalow des Sahib Ponks so genau gemerkt, daß ich es im Dunkeln finde."

„Doch er ahnt nicht, daß ich hier bin?"

„Nein. Aber — o Herrin, ich fürchte mich, es zu tun!"

„Du sollst es ja nicht tun, du Narr! Wenn es heute abend dunkel ist, hast du mich zum Bungalow des Sahib Ponks zu führen, dann hast du dein Gold verdient und kannst hingehen, wohin du willst. Und nun geh und besorge den Korb! Und daß du pünktlich heute abend zur Stelle bist."

— — — — — — — — — — — —

Ungefähr um dieselbe Zeit saßen Schreyer und Elisabeth auf der vorspringenden Terrasse des Jagdhauses. Da eilte Panja heran.

„Nun, was bringst du?" fragte der Doktor, dem die vergnügte Miene Panjas auffiel.

„O, nur einen Brief, Sahib," antwortete der Hindu und zog ein Papier aus seiner Jacke hervor.

„Sonderbar — ein Brief an mich? Von wem ist er denn?"

„Nicht an dich, Sahib," grinste Panja. „Aber ich habe ihn für dich abgeschrieben. Als ich gestern für dich auf der Post in Dschuner war, traf ich dort Kurullu, der einen Brief an Sahib Ponks hatte. Während die Sonne hoch stand, rasteten wir im Walde und Kurullu rauchte Opium. Er muß jeden Tag Opium rauchen. Während er im Rausche lag, nahm ich den Brief, öffnete ihn mit einem Strohhalm und schrieb ihn ab."

Schreyer und Elisabeth beugten sich über das Blatt und überflogen den Inhalt des zwar ungelenk geschriebenen, doch deutlich lesbaren Schriftstückes. Der Brief war von Karaka an Ponks gerichtet und teilte dem Empfänger mit, daß Karaka bereits eine Million Pfund in bar gesammelt hätte und daß er das Geld, um eine schnelle Verfügung darüber zu ermöglichen, auf das Konto des Herrn Ponks bei der Niederländischen Bank in Bombay deponiert habe. Neben dieser für Ponks hocherfreulichen Nachricht enthielt der Brief noch die Mitteilung, daß der Brahmine Chander Mahore trotz seiner Freundschaftsversicherungen im Geheimen gegen Ponks arbeite, daß diese Bewegung bereits einen Umfang angenommen habe, der zu größter Aufmerksamkeit und Vorsicht zwinge.

Die beiden erkannten natürlich sofort die große Wichtigkeit dieses Briefes. Schreyer sprach dem Hindu seine Anerkennung und seinen Dank aus und vergaß natürlich auch den klingenden Lohn nicht. Dann schrieb er ein Billett an den Prinzen Rami, in dem er ihn bat, zu einer kurzen wichtigen Besprechung zum Jagdhaus zu kommen. Mit diesem Briefchen schlüpfte Panja, mit sich selbst und aller Welt zufrieden, zum Hause hinaus.

Kurz vor Abend kam der Prinz. Sein Gesicht bekam einen starren Ausdruck, als er Panjas Abschrift von Kurakas Brief erhielt.

„Jetzt wird sich bald zeigen, ob Ihr Verdacht begründet ist, oder ob Sie Herrn Ponks in diesem Punkte Unrecht taten."

„Ich sehe dieser Entscheidung mit Ruhe und vollkommener Sicherheit entgegen. Nur habe ich Sorge, daß der Spitzbube verschwinden wird, bevor seine Absichten klar genug zutage liegen, um auch Sie, Hoheit, zu überzeugen."

„Darüber machen Sie sich keine Gedanken," sprach der Prinz mit einem grimmigen Lächeln. „Ich habe Vorsorge getroffen, daß Ponks keinen Schritt unternehmen kann, der sich meinen Augen entzieht."

Diese Worte nahmen Schreyer eine schwere Sorge von der Seele, dennoch blieb eine leise Unruhe zurück. Dieses tatenlose Abwarten begann allmählich, ihn nervös zu machen.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Die Sonne war untergegangen und im Urwald begann das vielgestaltete Leben der Nacht. In der Palmengruppe, umsponnen von blühenden Ranken, saß Ria Pombal. Sie saß fast noch in der gleichen Haltung wie am Nachmittag, als sie den Boten zu Ponks geschickt hatte. Obwohl inzwischen Stunden über sie hinweggegangen waren, Stunden glühender, tropischer Hitze, war sie wie ein Marmorbild. Das weiße Leinenkleid, das sie trug, konnte nicht weißer sein als ihr Gesicht. Alles in ihr schien kalt und abgestorben zu sein. Nur ihre Augen glühten.

Um die sinnende Frau spannen sich die Zauber der indischen Urwald-Frühlingsnacht. Mit der Sonne war auch die Hitze gewichen. Eine wundersam weiche Kühle wehte über die von dem glühenden Glast befreite Wildnis. Unbeweglich standen die Bäume, Büsche und Gesträuche jede Pflanze. Alles blühte, und ein schwüler Hauch voll betäubender Düfte wallte durch den schweigenden Wald. Dann aber erhoben sich die Geräusche der Nacht. Die Luft erzitterte unter dem Gezirpe unzähliger Grillen. Und allmählich begann es sich allenthalben in dem Dunkel zu regen.

(Fortsetzung folgt.)

daß unser hiesiger Theater-Verein, um seinen Freunden auch auf diesem Gebiete einen hohen Kunstgenuß zu verschaffen, sich die Hinzuziehung erster Künstler angelegen sein ließ. Wir haben die Künstler von ihrem letzten Gastspiel noch in dankbarer Erinnerung, wo sie, trotz des schlecht besetzten Hauses, ihr Bestes hergaben, und mit großem, nicht endenwollenden Beifall immer wieder hervorgerufen wurden, und sich zu Wiederholungen verstehen mußten. Da am Sonntag die Operette „Csardasfürstin", welche überall mit großem Beifall aufgenommen wurde, zur Aufführung gelangt, so ist zu erwarten, daß unsere Künstler auch dann ein dankbares Publikum finden werden und wünschen wir ihnen ein volles Haus, damit wir sie noch recht oft hier begrüßen können. X. P

Wp. **M.Gladbach**, 27. Jan. (Raubüberfall auf einen Kassenboten.) Der Kassenbote eines hiesigen Genua-Cord-Ausrüstungswerkes wurde gestern, als er auf seinem Fahrrade mit einem Geldbetrage von 5700 Mark, den er von einer Bank erhoben hatte, zum Geschäft zurückkehren wollte, auf der Altstraße unter der Eisenbahnüberführung überfallen und ihm die Mappe mit dem Gelde geraubt. Der Räuber, ein etwa 25jähriger Bursche, der sein eigenes Fahrrad an die Wand gestellt und den Boten offenbar erwartet hatte, fuhr mit dessen Rad unter Zurücklassung seines eigenen Rades davon. Die sofort angestellte Verfolgung des Räubers war bisher ergebnislos.

MTB. **Korschenbroich**, 27. Jan. (Selbstmord.) Eine ältere Frau von hier hat sich in einem Anfall von Schwermut in einen Weiher gestürzt. Sie konnte nur als Leiche geborgen werden.

MTB. **Düsseldorf**, 27. Jan. Unterhalb von Mönchenwerth ereignete sich ein schwerer Schiffsunfall. Im Anhang des zu Tal fahrenden Bootes Rheingau befand sich der mit Eisenerzen beladene Kahn Phylis. Der Talschleppzug stieß mit dem im Anhäng eines zu Berg fahrenden Schleppzuges befindlichen Kahn namens Ludwigshafen zusammen. Bei diesem Zusammenstoß wurde der Kahn Phylis an der Steuerbordseite getroffen und in zwei Teile gespalten. Die beiden Schiffsteile sanken in einem Abstand von ungefähr 800 Metern mitten im Fahrwasser. Der Kahn Ludwigshafen wurde beim Zusammenstoß am Vorderschiff beschädigt. Der beschädigte Kahn Ludwigshafen landete bei Kaiserswerth. Bei dem Unfall sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Die beiden Schiffsteile des Phylis bilden hingegen für die Schiffahrt, besonders für die Talschiffahrt, eine schwere Behinderung.

MTB. **Elberfeld**, 27. Jan. (Um einen Ebertgedenkstein.) Bekanntlich soll dem verstorbenen ersten Reichspräsidenten Fritz Ebert hier vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein Gedenkstein gesetzt werden, der am 28. Februar, dem Todestage Eberts, enthüllt werden soll. Parkkommission und künstlerischer Beirat hatten zugestimmt, daß hierfür in den Hardtanlagen ein Platz zur Verfügung gestellt wird. Der Hauptausschuß hat sich jedoch mit sechs gegen vier Stimmen ablehnend verhalten, weil vor einiger Zeit auch das Schlageterdenkmal abgelehnt worden ist. Die endgültige Entscheidung wird jetzt am 2 Februar das Stadtverordnetenkollegium zu treffen haben.

Wp. **Hamborn**, 27. Jan. Der Stadtverordnete Lutsch hat sein Mandat als Stadtverordneter und seine Funktion in den städtischen Ausschüssen und Kommissionen niedergelegt. Wie das [illegible] dazu weiter erfährt, ist der bisherigen Stadtverordnete Lutsch schon vor dieser Mandatsniederlegung auch aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden unter gleichzeitiger Niederlegung seiner sämtlichen Aemter und Mandate innerhalb der Partei. Ferner wird er am 1. April 1926 auch als Syndikus der Vereinigten Kaufmannschaft Hamborns ausscheiden, die ihn bis dahin beurlaubt hat. Es ist durch Nachforschungen bei der Universität Bonn festgestellt worden, daß Lutsch seinerzeit dort wohl eine Doktorarbeit eingereicht, den Doktortitel aber nicht erworben hat. Dessenungeachtet hat er sich diesen Titel zugelegt und hier seit Jahren ständig geführt. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat natürlich die oben erwähnten Rücktritte zur Folge. Lutsch hatte sich durch seine große Fähigkeiten einen Namen zu machen gewußt.

Wp. **Buer**, 27. Jan. (Tödliche Unfälle im Bergbau.) Auf der Zeche Bismarck verunglückte der Reparaturhauer T. dadurch tödlich, daß er zwischen Förderkorb und Schachtzimmerung geriet. Er war sofort tot. — Der Bergmann Rothermann, Sohn des Beigeordneten Rothermann aus Horst, wurde im Betriebe der Zeche Welheim von einer elektrischen Grubenlokomotive überfahren und sofort getötet. Ein anderer Sohn Rothermanns ist im vorigen Jahre bei dem Reichswehrunglück an der Weser ertrunken. — Auf der Zeche Erin bei Castrop geriet ein Reviersteiger unter hereinbrechende Gesteinsmassen. Er wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach dem Unfall verschied. Er hinterläßt Frau und sieben Kinder.

Wp. **Wanne**, 27. Jan. (Selbstmord eines 18jährigen.) In der vorvergangenen Nacht verübte der 18jährige Schüler Albert W. durch Selbstmord, daß er sich von einer Brücke in den Kanal stürzte. Seine Leiche wurde geborgen.

Wp. **Aschaffenburg**, 27. Jan. (Auch ein Sport.) In Sulzbach wurde dieser Tage durch den dortigen Rauchklub „Blaue Wolke" ein Preisrauchen abgehalten, bei dem der Sieger für eine Zigarre eine Stunde 58 Minuten brauchte, der zweite Preisträger blieb zwei Minuten zurück.

MTB. **Mannheim**, 27. Jan. Die Bluttat in Friedrichsfeld hat schon ihre Aufklärung gefunden. Als Mörder kommt der Bruder des 14jährigen Mädchens, der 22jährige Schmiedegeselle Georg Großmann in Frage. Als das Mädchen, das bekanntlich fortgeschickt worden war, um Milch zu holen, bei einbrechender Dunkelheit noch nicht zu Hause war, ging der Bruder, mit einem Prügel bewaffnet, auf die Suche nach der Schwester. Als er das Kind gefunden hatte, schlug er ihm, da es sich von dem Bruder nicht schlagen lassen wollte, in der Wut den Schädel ein. Der Rohling kümmerte sich dann nicht weiter um das Mädchen, sondern begab sich nach Hause und erzählte, daß er seine Schwester in der Nähe des Hauses ermordet aufgefunden habe. Der Mörder hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

WTB. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Bei der Vorführung von Rundflügen mit einem Segelflugzeug mit Hilfsmotor auf dem Flugplatz Staaken stürzte der 28 Jahre alte Flugzeugführer Rudolph Kühn aus Büblingen aus 200 Meter Höhe ab, erlitt einen schweren Schädelbruch und mehrere Knochenbrüche, so daß der Tod sofort eintrat. Das Unglück ist auf einen Bruch in den Tragflächen zurückzuführen.

WTB. **Hamburg**, 27. Jan. (Telegramm.) Der Bankangestellte Martin Timm fand gestern abend beim Betreten seiner Wohnung seine 45 Jahre alte Ehefrau tot vor, der der Schädel mit einem stumpfen Gegenstande zertrümmert worden war. Der Täter ist noch unbekannt. Ob Raubmord vorliegt, steht noch nicht fest.

WTB. **Leipzig**, 27. Jan. (Telegramm.) In der vergangenen Nacht wurde der Landwirt Reinhold Schirmer in Delitzsch von seinem Sohne durch zwei Schüsse getötet. Der Tat ist laut Leipziger Abendpost allem Anschein nach ein Streit vorausgegangen. Der Getötete kam angetrunken nach Hause und hat seine Frau tätlich angegriffen. Auf ihre Hilferufe eilte der Sohn herbei, der den Vater dann in seiner Bedrängnis durch zwei Schüsse tötete. Der Sohn, dem ein gutes Leumundszeugnis ausgestellt wird, wurde verhaftet.

WTB. **Zittau**, 27. Jan. (Telegramm.) Gestern zerstörte ein Großfeuer einen Teil der mechanischen Weberei, eine der größten hiesigen Textilfabriken. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde besonders die Schlichterei und die Spulerei sowie der große etwa 700 Stühle umfassende Websaal. Die Höhe des Schadens ist zurzeit noch nicht zu übersehen. Die Mechanische Weberei ist seit ihrem Bestehen fünf- oder sechsmal vom Brande heimgesucht worden.

WTB. **London**, 27. Jan. (Telegramm.) In einer Pulverfabrik in Faversham (Kent) ereignete sich eine Explosion, durch die zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Der deutsche Dampfer Bremen rettet englische Schiffbrüchige.

WTB. **New York**, 27. Jan. (Telegramm.) Nach einer Meldung des Dampfers Bremen hat dieser bei schwerem Seegange in der Höhe von Halifax 6 Mann der Besatzung des britischen Frachtdampfers „Lariston" gerettet. 24 Mann sind noch an Bord des Frachtdampfers.

Von dem Dampfer „Bremen" ist ein Telegramm eingegangen, nach dem sich die „Bremen" bis 9 Uhr morgens an der Unfallstelle des auf der Höhe von Halifax in Seenot geratenen englischen Kohlendampfers aufgehalten hat, weitere Rettungserfolge aber nicht erzielen konnte. Es sind viele Schiffstrümmer sichtbar gewesen, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der englische Dampfer gesunken ist. Ueber das Schicksal der auf dem Dampfer verbliebenen Besatzung von 25 Mann enthält das Telegramm nichts. Die „Bremen" setzte ihre Reise von New York nach Bremen fort.

Das „blaue Band des Ozeans" zu erhalten, ist der Ehrgeiz jedes Kapitäns, der einen Schnelldampfer zwischen Europa und Nordamerika führt. Aber auch für jede Hausfrau ist das blaue Band wichtig, ist es doch das Erkennungszeichen und die Schutzmarke der unübertrefflichen „Blauband-Margarine", welche sich durch ein vorzügliches Aroma auszeichnet. Sie ist leicht bekömmlich, sparsam im Gebrauch und hat sich beim Braten, Kochen und Backen vorzüglich bewährt. Fordern sie beim Einkauf kostenlos die farbig illustrierte Blauband-Woche.

Kundgebungen in Berlin und München.

WTB. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Die Bezirksleitung Berlin-Brandburg der K. P. D. veranstaltete heute abend in Verbindung mit dem Roten Frontkämpferbund, der Gauleitung Berlin-Brandenburg der Roten Jungfront, der Kommunistischen Jugend Berlin-Brandenburg und dem Jung-Spartakusbund Berlin, Brandburg eine Kundgebung gegen die Fürstenabfindung. Schon lange vor 6 Uhr waren der Lustgarten, der Schloßplatz und alle umliegenden Straßen dicht gefüllt mit Demonstrationszügen, die zum großen Teil mit Musik und roten Fahnen von allen Teilen Berlins angerückt waren. Eine Reihe von kommunistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten hielt kurze Ansprachen, die sich mit einem Hoch auf die Einheitsfront des werktätigen Volkes gegen die Fürstenabfindung und für die Unterstützung der Erwerbslosen schlossen. Die Kundgebung nahm einen ruhigen Verlauf.

⊙ **Berlin**, 28. Jan. (Telegramm.) Gestern abend nach 11 Uhr kam es auf dem Wilhelmplatz in Charlottenburg zu einer Schießerei zwischen Anhängern der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, die in den Hohenzollernsälen am Wilhelmplatz eine Versammlung abgehalten hatten, und vom Lustgarten heimziehenden Kommunisten. Zwei Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes wurden schwer verwundet. Vermutlich haben außer diesen beiden Verwundeten noch andere Personen Schußverletzungen davongetragen. Die alarmierte Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und drängte die Menge, die auf Tausende angewachsen war, in die Seitenstraßen ab. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Nationalsozialist, der die verhängnisvollen Schüsse abgegeben haben soll.

WTB. **München**, 27. Jan. (Telegramm.) Der von der K. P. D. ausgegebenen Parole, trotz des Polizeiverbots heute nachmittag auf die Theresienwiese zu kommen, wurde von 2—3000 Personen Folge geleistet. Das Betreten der Theresienwiese wurde von der berittenen Schutzmannschaft mühelos verhindert. Wo die Menge Ansammlungen versuchten, wurden sie abgedrängt. Ein Zug von ungefähr 200 Personen gelangte bis zum Hauptbahnhof, wo er von der Schutzmannschaft aufgelöst wurde. Vom Gummiknüppel mußte wiederholt energisch Gebrauch gemacht werden.

Wie der Yankee ißt.

Amerika ist das Land der verdorbenen Magen. Viel mehr als in Europa pflegt man auswärts zu essen, und zwar mit einer Schnelligkeit, die uns in Erstaunen setzt. Der Yankee ist, im allgemeinen, kein Feinschmecker, aber er will volle Schüsseln. Und um den Eindruck, als bekäme er nicht genug für sein gutes Geld, ganz wegzunehmen, pflegt der Kellner gewöhnlich alle Gänge, einschließlich des Kaffees, gleichzeitig dem Gast zu servieren. Dieser ist quasi gezwungen, alles schnell hintereinander zu verschlingen, wenn er kein kaltes Essen haben will. Unnötig zu sagen, daß dies alles ungesund und abstoßend ist.

Handel, Gewerbe und Industrie.

(*) **Verkauf der Gewerkschaft Düren.** Wie die Köln. Ztg. erfährt, sind von den 1000 Kuxen der bisher zum Sichel-Konzern gehörenden Gewerkschaft Düren nunmehr rund 900 in den Besitz der Braunkohlen-Industrie A.-G. Zukunft in Weisweiler übergegangen. Der Preis ist in bar erlegt worden, über seine Höhe war nichts in Erfahrung zu bringen. Der erzielte Betrag soll jedoch den Buchpreis der Liquidationsbilanz wesentlich übersteigen. Nachdem eZukunft End 1924 die qualifizierte Mehrheit der Gewerkschaft Lucherberg erworben hatte, die über eine Brikettfabrik verfügt, bietet der Erwerb der Düren-Kuxe für die Braunkohlen-Industrie A.-G. Zukunft eine wertvolle Ergänzung der Kohlengrundlage. Düren verfügt über 40 Millionen Tonnen Kohlen; ihre Gerechtsame markscheidet mit derjenigen von Lucherberg.

Vereinskalender.

Vinzenzkonferenz. Heute 8,15 i. R. Wichtige Tagesordnung.
Kirchenchor. (Gemischter Chor.) Heute Abend 8 Uhr: Letzte Probe für die Complet in der Pfarrkirche.
Jünglingskongregation. Freitag Abend 8,30 Uhr: Literarische Abteilung.

Synagogen-Gemeinde Jülich.
Probegottesdienst des Herrn Schindler-Berlin.
Freitag den 29. Januar, abends 5 Uhr.
Samstag den 30. Januar, morgens 9 Uhr, abends 6.05 Uhr.

Bilanzsicherer Buchhalter,
Anfang der 40er, erste Kraft, energisch und zielbewußt, gewandter Korrespondent, im Bank-, Börsen- und Steuerwesen durchaus erfahren, an selbständiges Arbeiten gewöhnt sucht leitenden Posten in Handel od. Industrie.
Gefl. Angebote unt. **H. B. 115** an die Geschäftsst. des Jülicher Kreisblattes erbeten.

Mädchen
vom Lande **sucht Stelle** für alle Hausarbeit.
Wer sagt die Geschäftsst.

Extra billiges Angebot!

Oelsardinen in Portionsdosen 3 Dosen 0.85

Backpflaumen, große süße	Pfd. 0.40		Heringe in Gelee	aus Frischfischen 2 Pfd.-Dose	1.10
Mischobst, neues	Pfd. 0.90		Bismarckheringe	2 Pfd.-Dose	1.10
Pfirsiche, getrocknet	Pfd. 0.80		Bratheringe	2 Pfd.-Dose	0.95
Apfelringe, neue	Pfd. 0.90		Speck, schön hoch	Pfd.	1.40
Aprikosen, calif.	Pfd. 1.20		Schweine-Kleinfleisch	hies. Schlachtung Pfd	0.80
Bandnudeln, schöne	Pfd. 0.40		Rüböl, helles	Liter	1.05
Prachtvolle Eiernudeln	Pfd. 0.60		Cocosfett	1 Pfd.-Tafel	0.68

Spargel! Nur solange Vorrat! Spargel!
Suppenspargel, zarter . . 2 Pfund-Dose 1.20
Brechspargel mit Köpfen 2 Pfund-Dose 1.50

Frisch gebrannter Kaffee, reinschmeckend Pfd. 2.60, 2.40
sowie unsere allerseits bekannten feinen Qualitätsmischungen.

Rheinisches Kaufhaus, Jülich.



Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.

Schöne Wohnung,
1. Etg., 6 Räume, mit allen Bequemlichkeiten per 1 April zu vermieten.
Ausk. in der Geschäftsst.

Junge
von 17—18 Jahren, der mit Pferden umgehen kann, für sofort gesucht.
Schebben, Hambach.

Ordentl. Junge,
von 14—16 Jahren, in kl. Landwirtschaft gesucht.
Setterich, A-Straße 49.

Aelt. Mädchen,
in Küche und Haushalt erfahren, **sucht Stelle** für sofort.
Cäcilie Heyartz, Altdorf.

Haus in Jülich
gesucht. Anzahlung 5- bis 7000 Mark
Angeb. unter **N. H. 1** an die Geschäftsst. ds Blattes.

Mädchen,
welches melken kann sofort gesucht.
Hub. Jussen, Mersch.


Schöne junge
Schweine
hat abzugeben
Jos. Erkens. Juden.

KAISER'S KAFFEE - GESCHÄFT

Europas grösster Kaffeerösterei-Betrieb
Eigene Schokolade-, Zucker- und Backwarenfabrik

WERBE-WOCHE

von Freitag, 29. Januar bis Sonnabend, 6. Februar

in unserer Filiale zu

Jülich
Markt 6.

Gratis Zugaben

Eine Kostprobe der 5 feinsten Marken **Kaiser's Schokolade** bei Einkauf für eine Mark. (Zucker ausgeschlossen)

Diese schöne **Original-Teedose** Altsilber-Imitation bei Einkauf von 200 gr. Kaiser's Tee (lose oder in Paketen)



Diese schöne **Original-Kaffeedose** Altsilber-Imitation bei Einkauf von 1 Pfund Kaiser's Kaffee



Kaiser's Kaffee, das Pfund zu Mk. 2.40 bis 4.60
Kaiser's Tee, das Pfund zu Mk. 4.00 bis 8.00
Kaiser's Kakao, das Pfund zu Mk. 0.80 bis 2.60
Kaiser's Malzkaffee, unübertroffen, lose d. Pfd. nur 30 Pfg.

Kaiser's hochfeine Schokolade
Pralinen, Napolitains,
Kaiser's Spitzkuchen
Marzipan, Bonbons, Spekulatius etc.

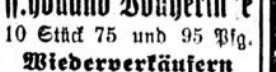
Ueber 1000 Filialen

Freitag, Samstag
die bekannten
billigen Tage
mit dem üblichen
10% Rabatt
Empfehle äußerst preiswert
Zucker Pfund **0.30** Mk.,
Käse:
Holländer — Schweizer, Allgäuer Stangenkäse usw.,
Oelsardinen, Obst, Gemüse
und **Fischkonserven,**
junge Erbsen 1 Kilo-Dose **0.95** Mk.,
Thüringer Wurstwaren,
Kaffee
Pfund **2.40, 2.80, 3.60** Mk.,
Preißelbeeren, hochfein, Pfd. **0.60** Mk.,
Aufnehmer, prima haltbare Ware, Stück nur **0.60** Mk.
Margarine Pfd. **0.60, 0.70, 0.75, 0.90** Mk.
Achtung! Achtung!
Machen Sie einen Versuch mit meiner
Tafelmargarine:
Marke **„Hochfein“,**
„ **„Aroma“,**
mit Gutschein je Pfund, köstliches Aroma, herrlicher Butterduft, Pfund nur **0.75** Mk.
Auf 10 Gutscheine 1 Pfd. „Aroma“ oder „Hochfein“ **gratis.**
Jülicher Samenhaus,
Georg Schulze,
Fernruf 49.

Wohlfeile **Zigarren,** Stück von 5 Pfg. an.

Anzeigen in **alle auswärtigen** Zeitungen besorgt ohne Preisaufschlag schnellstens Buchhandl. **Jos. Fischer,** Jülich.

Empfehle prima
Gefrier-Mast-ochsenfleisch
zu ermäßigten Preisen
Metzgerei
Julius Voß,
Rader Straße 33.



Hellmann's
Spez.-Fischgeschäft



empfiehlt diese Woche:
Bratschellfisch Pfd. 35 Pfg
gew. Stockfisch Pfd. 50 „
Goldbarsch o. K. Pfd. 55 „
gr. Heringe 5 Pfd 110 „
Rotzungen Pfd. 85 „
Salm im Schnitt Pfd 2.50
Ferner im Schnitt:
Großer Schellfisch u. Cabliau in verschiedener Preislage.
ff. holl. Fische.
— Muscheln —
feinste täglich frisch.
Süße holländische **Bratbückinge,** Stück 15 Pfg.
feinste Rohesser,
Pfd. 65 Pfg
Geräuchert. Schellfisch, Seelachs, Kieler Sprotten.
ff. holländ Vollheringe
10 Stück 75 und 95 Pfg.
Wiederverkäufern — Vorzugspreise. —



Parkettböden.
J. Hansen,
Aachen, Telefon 3889.

Zimmertüren.

Ich kaufe
ständig **Roßhaar** aller Art zu höchsten Preisen
H. Mülstroh.

Zwei Hausback-öfen,
System Baals, zu verkaufen.
Schmiedemeister **Bergrath,**
Bourheim

Prima Holst. Edamer-Käse,
rote Kugeln ca. 4 Pfd., per Pfd. 52 Pfg liefert in Postkolli von 9 Pfd. an ab Nortorf. Nachnahme.
Wilhelm Muxfeldt.
Nortorf (Holstein) Nr 5
Bitte Preisliste verlangen.

P. & F. Linnartz

— gegründet 1834. —

Von heute ab sind wieder
alle Lebensmittel
in alt bekannter Güte zu **billigsten Tagespreisen** vorrätig:

Birnen	2 Pfund-Dose 90		
Busch-Brech-Bohnen	2 Pfund-Dose 75		
Spargel-Abschnitte 2 Pfund-Dose 1.20			
Elsdorfer Kristall-Zucker 1 Pfund 30			
Weizenmehl	22	Pflaumen, getr.	32
bei 10 Pfund	21	Korinthen	70
Kartoffelmehl	28	Sultaninen	90
Buchweizenmehl	26	Cocos	65
Hartweizengries	30	Preiselbeeren, los	70
Gelbe Erbsen	20	Pflaumenmus	
Weiße Bohnen	20	Apfelkraut	
Linsen	35	Aprikosen-Marmelade	
Graupen von 18 an		Himbeer-Gelee	
Reis von 18 an		Apfel-Gelee	
Haferflocken	25	Johannisbeer-Gelee	
Maccaroni	40	Brombeer-Gelee	
Perlsago	35	Erdbeer-Confit	
Birnen	2 Pfd.-Dose 90	Busch-Brech-Bohnen	2 Pfd.-Dose 75
Spargel-Abschnitte	2 Pfd.-Dose 1.20	Stangen-Spargel	2 Pfd.-Dose 2.10
Land-Leberwurst	1.50	Perla	60
Land-Blutwurst	1.20	Milchmargarine	65
Westf. Plockwurst	2.20	Schmalz (Bickin)	90
Westf. Cervelatwurst	2.20	Holländer Käse	1.—
Mayonnaise lose		Edamer Käse	90
Heringssalat lose		Limburger	70

Alter Kasemattenbär	1 Liter	M. 3.—
Alter Reiner Korn	1 Liter	M. 2.60
Reiner Korn	1 Liter	M. 2.20
Rotwein lose	1 Liter	M. 1.25

Aeltere branchekundige Verkäuferin
für unsere Filiale in **Linnich** gesucht.





Erhielten eine Sendung ostfriesischer
Herdbuchstiere.
L. Cohen. L. Schwarz.
Telefon 147.

Großer Garten,
an der Straße gelegen, preiswert zu verkaufen.
Von wem sagt die Geschäftsst.

Rotkleesamen
abzugeben
Bernhard Krauthausen,
Jülich-Altenburg.

---

1 Zentrifuge und 1 Butterfaß
zu verkaufen.
Bourheim 38.

1500 Mk.
gegen ländl. Sicherheit zu leihen **gesucht.**
Von wem sagt die Geschäftsst.

Wegen Rohrverlegungs-Arbeiten
wird das Gas am **Freitag** den 29. ds. Mts. von nachmittags **1½ bis 3 Uhr gesperrt.**
Jülich, den 27. Januar 1926.
Städtische Gasanstalt.

Freiw. Sanitäts-Kolonne.
Freitag abend punkt 8½ Uhr:
Uebung
zwecks **wichtiger Besprechung.** Allseitiges Erscheinen dringend erforderlich
Vonden, Kolonnenführer.

Versammlung des Vereins ehemaliger Landwirtschaftsschüler
am Samstag den 30. Januar 1926, nachm. 4 Uhr, im Saale von Heymanns, kleine Rurstraße.
Tages-Ordnung:
1. Familienabend.
2. Zeitungsfrage.
3. Austausch von Bauernsöhnen.
4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende: Krings.



Großer billiger
Fisch-Verkauf.
Grüne Heringe 5 Pfd. 95 Pfg.
Bratschellfisch 5 Pfd. 1,60 Mk.
Schellfisch o. K. Pfd. 75 Pfg.
Kabeljau o. K. Pfd. 55 Pfg.
Rohesser Pfd. 55 Pfg.
Rheinisches Kaufhaus,
Jülich.

Samstag 30. Jan., **10** Uhr morgens,
Verkauf von
Pferdedünger
in der Zitadellkaserne.

Erfahrener
Müller
gesucht.
Gebr. Wackers.

Goldene Trauringe



aus einem Stück geschmiedet, nicht gelötet. Das Beste was existiert In allen Größen vorrätig
Martin Wolff, Jülich,
Markt 9, Ecke Marktstraße.

Büroartikel
vorrätig. Buchh. Jos. Fischer.

Eine
probe
Marken
olade
Mark.
hlossen)
olade
etc.
s-Arbeiten
n 29. ds. Mts.
hr gesperrt.
1926.
asanstalt.
plonne.
½ Uhr:
g
lfertiges Erscheinen
olonnenführer.
ng
ger Land-
iler
anuar 1926,
Heymanns.
:
nschönen.
Kriegs.
er
auf.
95 Pfg.
1,60 Mk.
75 Pfg.
55 Pfg.
55 Pfg.
haus,
oldene
Kuring
m Stück ge-
t, nicht gelötet
e was existiert
rößen vorrätig
Wolff, Jülich,
ke Marktstraße.
partikel
uchh. Jos. Fischer.

Jülicher Kreisblatt

Amtliches Kreisblatt des Kreises Jülich.
Gegründet 1823.

Bezugspreis für den Monat 2 Mark einschließlich Botengeld. Zum Postbezug tritt das Bestellgeld für die Zustellung durch den Briefträger. Preis der Einzelnummer 10 Pfg. der Doppelnummer 15 Pfg. Geschäftsstelle: Jülich, Kölnstraße 13. Fernruf Nr. 39. Telegrammadresse: Kreisblatt Jülich. Postscheck-Konto Amt Köln 24635.

Verantwortlich: Adolf Fischer und J. Friedrichs, Jülich.

Aelteste und verbreitetste Zeitung im Kreise.
Gegründet 1823.

Anzeigenpreis 20 Goldpfennig für die Petitzeile, behördliche Anzeigen 25 Goldpfennig, Reklamezeile 10. Goldpfennig, Auskunfts- und Offert-Gebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen bis zum Mittag des Vortages erbeten. Aufnahme an bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Bei Klagen und Konkurs wird der Rabatt hinfällig. — Postscheck-Konto Amt Köln 24635.

Rotationsdruck und Verlag: Jos. Fischer, Jülich.

Donnerstag den 27. Januar 1926 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage — 103. Jahrgang – Nr. 22 (2. Blatt)

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Dr. Luther fordert ein positives Vertrauensvotum. — Die Aussprache der Parteien.

Die Erklärung Fehrenbach.

Besprechung der Regierungserklärung im Reichstag.

Berlin, 27. Jan. 1926. Der Reichstag trat heute mittag um 1.20 Uhr in die Besprechung der Regierungserklärung ein. Das Interesse an den Verhandlungen war nicht mehr so groß wie am gestrigen Tage. Auch das Kabinett war nicht vollzählig erschienen. Man sah bei Beginn der Sitzung nur den Reichskanzler, den Reichsaußenminister, den Arbeitsminister, den Reichswehrminister und den Finanzminister. Zur Verhandlung standen selbstverständlich auch die drei Mißtrauensvoten, die dem Reichstag nunmehr vorliegen. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen, der Kommunisten und der Deutschvölkischen. Die Deutschvölkischen hatten noch einen besonderen Wunsch; sie wollten ihren Antrag auf Einstellung der Zahlungen aus dem Dawesplan nicht zur Erörterung gestellt wissen. Von der Linken wird dagegen jedoch Einspruch erhoben.

Dann beginnt die

Aussprache

Für die Regierungsparteien gibt der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach folgende Erklärung ab:

Die Regierungserklärung:

Die in der jetzigen Reichsregierung zusammengeschlossenen Parteien der Mitte sind sich der Größe der Verantwortung bewußt, die sie mit dem Eintritt in die Regierung übernehmen. Nach langen, vergeblichen Bemühungen um eine von der Mehrheit des Reichstages getragene Regierung galt es, dem Reiche endlich überhaupt eine Regierung zu geben, und zwar eine Regierung, die entschlossen ist, verfassungsgemäß die Politik zu führen, und — unbekümmert um Popularität und parteipolitische Interessen — den Kampf gegen Volksnot und Wirtschaftskrise aufzunehmen.

Die Absicht der Regierung, in Fortsetzung der in der Kanzlerrede vom 23. 11. 25 enthaltenen Richtlinien, die deutsche Außenpolitik auf der Grundlage der am 1. Dezember in London abgeschlossenen Verträge im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Mächten und in ebenso besonnener wie entschiedener Geltendmachung deutscher Rechte fortzuführen und auszubauen, finden unsere einmütige Zustimmung. Für die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund muß ausschlaggebend sein der Gedanke, daß dadurch die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik eine bedeutsame und für verschiedene bisher noch nicht erfüllte deutsche Forderungen entscheidende Erweiterung und Verstärkung erfahren.

Mit Genugtuung nehmen wir in diesem Zusammenhang Kenntnis davon, daß die Reichsregierung mit den beteiligten fremden Regierungen Verhandlungen eingeleitet hat, um sie auf die entscheidende Wichtigkeit der Besatzungsfragen in den beiden rheinischen Restzonen hinzuweisen und eine baldige und befriedigende Lösung mit aller Kraft anzustreben.

Bezüglich der Frage der deutschen Innenpolitik findet der Hinweis des Herrn Reichskanzlers auf die Erklärung vom 19. Januar 1925 über die grundsätzliche Einstellung der neuen Regierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern, zu den Fragen des Beamtentums und der Beamtenrechte unsere Billigung.

Dasselbe glauben wir aussprechen zu können, für das wichtige und umstrittene Gebiet der Schulpolitik auf dem die Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und die Achtung der Elternrechte unentbehrliche Voraussetzungen für jede tragbare und Dauer versprechende Lösung sind.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet stimmen die Regierungsparteien der Erklärung der Reichsregierung darin zu, daß die Selbstbetätigung der produktiven Kräfte des Landes mit allen Mitteln zu fördern ist.

Sie sind sich bewußt, daß die dem deutschen Volke auferlegten Lasten die freie Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens auf das schwerste beeinträchtigen. Deshalb begrüßen sie die Beteiligung Deutschlands an jedem internationalen Gedankenaustausch, der geeignet ist, das Gefühl der Solidarität der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete zu beleben. Auch die Handelsvertragsverhandlungen müssen darauf eingestellt werden, dieses Gefühl nicht durch den Kampf um vorübergehende Einzelvorteile der nationalen Wirtschaft zu beeinträchtigen. Dabei muß von aller Welt anerkannt werden, daß Deutschland ohne starke Pflege seiner Ausfuhr weder selbst leben noch seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Innerwirtschaftlich halten die Regierungsparteien die Bereitstellung öffentlicher Mittel für die private Produktion nur in dem von der Regierung gekennzeichneten Umfange für angebracht. Eine weitergehende Kreditgebarung der öffentlichen Hand auf Grund von Ueberschüssen der Finanzverwaltung muß das Eigenleben der Produktion verwirren, weil eine gerechte und sachgemäße Verteilung im Hinblick auf die Vielseitigkeit der Kreditgesuche und die Unmöglichkeit einer Entscheidung über die Vordringlichkeit der einzelnen Anforderungen nicht durchführbar erscheint.

Dagegen muß alles getan werden, um die Produktion von innen heraus zu beleben und den Mittelstand zu kräftigen, wobei die Fürsorge für die Ausfuhr die Belebung des Baumarktes und die Bekämpfung der Preisbildung durch übermächtige private Organisationen in erster Linie stehen. Für die Landwirtschaft ist neben der Schaffung von Realkrediten zu annehmbaren Zinssätzen eine Ueberprüfung der auf ihr ruhenden allgemeinen Lasten und eine Berücksichtigung ihrer Lebensnotwendigkeiten bei den verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen unerläßlich, da ohne Sicherstellung einer angemessenen Rentabilität die für Deutschland unentbehrliche Erhaltung der Landwirtschaft unmöglich ist.

Die Regierungsparteien begrüßen im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft die Absicht der Reichsregierung, die Kosten der Gesamtverwaltung auf ein erträgliches Mindestmaß herabzusetzen. Wenn diese Absicht erfolgreich durchgeführt werden soll, ist weitsichtige und vertrauensvolle Mitarbeit der Länder und Gemeinden unerläßliche Bedingung.

Unter diesen Voraussetzungen wird sich auch die Möglichkeit einer großzügigen Verwaltungsreform ergeben unter Aufrechterhaltung der Rechte und berechtigten Interessen der Beamtenschaft. Die durch die Verminderung von öffentlichen Ausgaben zu erreichende Herabsetzung der Steuerlast muß in Verfolg der Grundlinien der Steuerreform des vergangenen Sommers erfolgen. Dazu gehört die von der Regierung in Aussicht gestellte Wiedereinführung des Zuschlagsrechts der Länder und Gemeinden, das bereits im Finanzausgleichgesetz vom Sommer 1925 grundsätzlich ab 1. April 1927 beschlossen ist.

Eine Herabsetzung und organisatorische Aenderung aus sozialen und Wirtschaftsbedenken der Umsatzsteuer würde den zurzeit geeignetsten ersten Schritt zur Herabminderung der Steuerlasten sein, falls die Entwicklung der Finanzen die Möglichkeit dazu bietet.

Eine systematische Grundgesetzgebung zum Reichshaushalt erscheint als eine der dringenden Aufgaben, um eine dauerhafte Ordnung der Reichsfinanzen zu sichern.

Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Reformarbeiten und zugesicherten Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik finden unsere Billigung. Die ungewöhnliche Schärfe der Wirtschaftskrise hat Massennotstände hervorgerufen. Ihre Milderung und Beseitigung erfordert rasche Durchführung aller zweckentsprechenden Vorhaben.

Dazu rechnen wir vor allem die dringliche Regelung der Frage der Kurzarbeiterunterstützung sowie die finanzielle Ermöglichung der Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeiten. Die baldige Ablösung der heutigen Erwerbslosenunterstützung durch eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung ist unabweisbar. Die Bergarbeiterbevölkerung erwartet mit eine befriedigende Lösung der Knappschaftsversicherung, mit deren Reform der Reichstag zurzeit befaßt ist. Sie hat einen Anspruch darauf, daß auch das versprochene Reichsgesetz für Bergarbeiterschutz bald vorgelegt wird. Weiter harren noch der Erledigung notwendige Ergänzungen der Sozialversicherung, so die Krankenversicherung für Seeleute, auf deren Regelung wir großen Wert legen.

Der Gedanke einer alsbaldigen den Erfordernissen der Gegenwart entsprechenden Zusammenfassung aller Arbeiterschutzbestimmungen in einem einheitlichen Arbeiterschutzgesetz hat unsere volle Zustimmung. Die Reform des bestehenden Arbeitszeitgesetzes halten wir für dringlich. Wir erwarten bestimmt, daß in Bälde entsprechende Vorlagen an die gesetzgeberischen Körperschaften gelangen. An der wirtschaftlichen Kräftigung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung, an ihre Gesunderhaltung an der Hebung von Arbeitsfreude und Verantwortlichkeitsbewußtsein durch das Zustandekommen erträgliche Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Im Gedanken der Arbeitsgemeinschaft haben Regierungsparteien und Volk das gleiche Interesse.

Die in der Koalition zusammengeschlossenen Parteien teilen die Erwartung der Regierung, daß das auf rein sachlicher Grundlage aufgebaute Programm des Reichskabinetts auch über den Kreis der Koalition hinaus die praktische Mitarbeit staatsbejahender Parteien finden wird.

Die Sozialisten.

Abg. **Müller-Franken** (S.): Von der Erklärung der Regierungsparteien habe ich eine Auffüllung des gestrigen Programms des Reichskanzlers erwartet. Meine Erwartungen sind nicht befriedigt. Diese Erklärung war nichts weiter als eine Umschreibung der Rede des Reichskanzlers. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll diese Minderheitsregierung die Mithilfe anderer Parteien erlangen, wenn das Programm so wenig präzisiert ist wie das des Reichskanzlers. (Zustimmung links.) Dadurch, daß der Reichskanzler sich auf seine frühere programmatische Erklärung bezog, hat er uns gegenüber dem Programm nicht die Klarheit gegeben, die wir erwartet hätten. Das deutsche Volk befindet sich innenpolitisch und außenpolitisch in einer Lage, die ein zielklares Handeln verlangt.

Die wichtigste Entscheidung unserer Außenpolitik wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Das hat der Reichskanzler ganz richtig ausgesprochen, aber wann soll die Entscheidung darüber getroffen werden? Es kommt darauf an, daß sie alsbald getroffen wird. Die Ermächtigung dazu ist bereits gegeben. Hier ist besonders eine klare Politik notwendig, und der Reichskanzler muß den Mut haben auszusprechen, daß diese Entscheidung keinen Aufschub duldet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich betone das ausdrücklich so scharf, weil in Deutschland Kräfte am Werke sind, die hier eine Politik der Sabotage befürworten. Der bayerische Ministerpräsident hat sich im Ausschuß der bayerischen Kammer deutlich in einer Weise geäußert, die zeigt, daß er die Absicht hätte, die Reichsregierung von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fernzuhalten.

Dann einige Bemerkungen über die vorliegenden Anträge, die die Rückwirkungen betreffen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß alle Parteien dieses Hauses darin einig sind, daß die in der Botschafternote vom 16. November 1925 gemachten Zusagen nicht erfüllt sind. In den besetzten Gebieten haben zur Glanzzeit des preußischen Militarismus etwa 50 000 Mann preußischer Truppen gestanden. Wir müssen verlangen, daß die Truppenzahl auf die Normalzahl herabgemindert wird, die in Besprechungen nach Locarno festgelegt worden ist.

Nun zur Innenpolitik. Zunächst zur Schulpolitik. Ich richte an die Regierung die Frage: Wird von ihr der bekannte Referentenentwurf zum Reichsschulgesetz zurückgezogen? Bis jetzt ist das nicht der Fall. Wenn dieser Kampf um das Schulgesetz beginnt, werden wir uns der Interessen der Schule annehmen und verlangen, daß auch die weltliche Schule den ihr gebührenden Platz erhält. Auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei wollen von dem Entwurf gar nichts wissen. Die Deutsche Volkspartei sollte sich doch auch ihrer Vergangenheit als Erben der Nationalliberalen Partei erinnern.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik sind Wohlwollen und Mitleid ganz schön, aber wertlos für die, denen sie gelten. Die Not ist so groß, daß alle Parteien helfen müßten. Die Hilfe wird größtenteils doch geleistet durch Beiträge, die jetzt sogar auf 3 Prozent erhöht worden sind. Dabei werden die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten immer weiter belastet. Für den April stehen Mieterhöhungen in Aussicht. Sie haben auch keine Sicherheit, daß die „wirksam eingeleitete Preissenkungsaktion" ihnen nützt. Gegen die Kartelle und Syndikate ist Durchgreifendes nicht geschehen. Wir haben die schwersten Krisen seit Menschengedenken, die größte Zahl der Konkurse, aber für die Kartelle und Syndikate sind diese Zustände nicht fühlbar geworden.

In der Regierungserklärung ist von der Notwendigkeit des Sparens gesprochen worden. Wir werden uns bei der Etatsberatung darüber unterhalten können. Wenn aber die Herren sich so sehr um das Sparen bemühen, so möchte ich darauf hinweisen, daß es etwas gibt, bei dem ungeheure Mittel gespart werden können, nämlich bei einer Revision der Stärke unserer Länderverwaltungen. (Sehr wahr! links.)

Dann noch einige Bemerkungen in bezug auf Ausführungen, die während der Regierungskrise in der Oeffentlichkeit ein gewisses Aufsehen erregt haben, die sich auf die Eventualität einer Staatskrise bezogen haben. Was soll diese Diktaturregierung überhaupt in Deutschland?

Nicht einmal im Jahre 1923, als die Fluten der Inflation aufs höchste stiegen, ist ein Direktorium zustandgekommen oder ein Diktator aufgestanden. Was sollte ein Diktator auf sozialpolitischem Gebiet machen? Was würde geschehen, wenn er etwa die sozialpolitischen Gesetze abschafft? Er sollte doch nach der Meinung derjenigen, die eine Diktatur wollen, zur einheitlichen nationalen Willensbildung beitragen. Ich glaube, die Diktatur ist in Europa überhaupt etwas in Verruf. Die bulgarische ist erledigt, die spanische ist im Abbau begriffen und in Ungarn hat sich unter der Diktatur ein Sumpf entwickelt, wie er noch niemals in Europa erlebt worden ist. Mussolinis Wollen ist nichts als blödes Kraftmeiertum eines sittlich und geistig Entgleisten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Deutschnationalen.

Abg. Graf **Westarp** (DN.): Von Illusionen zu Enttäuschungen, von Enttäuschungen zu neuen Illusionen, das ist die Signatur der Politik des Herrn Stresemann. Wir wollen aber keine neuen Enttäuschungen für unser Vaterland durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das ist auch für unser Verhalten gegenüber der neuen Regierung maßgebend. Wir haben darüber niemals einen Zweifel gelassen. Wenn jetzt die Ursache des krisenhaften Zustandes in der Regierung uns zugeschoben wird, so möchten wir versucht sein, diese Vorwürfe zurückzugeben an diejenigen, die vor der Krise gleichwohl an dem festgehalten haben, was wir nicht mitmachen können, obwohl sie unsere Haltung kannten. (Sehr richtig! rechts.) Aber es handelt sich hier nicht um gegenseitige Vorwürfe, sondern um sachliche Gegensätze. Die Regierung ist noch vollständig in der Lage, sich frei zu entscheiden, ob sie den Antrag auf den Eintritt in den Völkerbund stellen will. § 2 des Gesetzes vom 11. November legt ihr nur die Ermächtigung nicht aber die Verpflichtung auf, den Eintritt in den Völkerbund zu beantragen. Eine völkerrechtliche Verpflichtung dazu liegt nicht vor. Die Regierung muß klar und deutlich erklären, daß von einem Eintritt in den Völkerbund nicht die Rede sein kann, bis die Forderungen des Reichstages erfüllt sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich stehe, so führte Redner aus, nicht auf dem Standpunkte, den manche, vielleicht auch uns nahestehende Zeitungen hin und wieder vertreten haben, zu sagen: Jawohl, Deutschland hat einen Verzicht auf deutsches Land und Volk ausgesprochen, das ist nicht richtig. Das habe ich nie gesagt, aber unsere Auslegung wurde von der Gegenseite nicht angenommen. Diese Streitfrage muß noch vor dem Eintritt in den Völkerbund aus der Welt geschafft werden. (Zustimmung rechts.) Ueber den Artikel 16 muß unbedingt endlich Klarheit geschaffen werden.

Ich erinnere an Tirol, an den schweren Schlag, der unter Billigung des Völkerbundes gegen Danzig geführt worden ist. Von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund kann keine Rede sein, bevor nicht eine Aenderung der Minderheitenpolitik eingetreten ist. Auch Deutschlands Recht auf seine Kolonien muß vorher grundsätzlich anerkannt sein. Ferner muß die Schmach der rechtswidrig begründeten Militärkontrolle erst von Deutschland genommen werden. In dem Abrüstungsproblem gilt das Wort eines großen preußischen Königs: Was tue ich mit Wind, ich brauche Realia! Es war gewiß eine schöne Familienszene, als Chamberlain mit dem deutschen Botschafter aus dem Friedensbecher trank. (Rechts: Liebesbecher!) Aber bei der Familienszene erhob sich der englische Seelord und wies darauf hin, daß eine genügend große

englische Hochseeflotte geschaffen werden müsse, und der Lordlord wies auf die Notwendigkeit einer genügenden Vermehrung der englischen Luftflotte hin.

Das größte und schärfste Mißtrauen dagegen, daß hier nur leere Worte gemacht werden, soweit es die Alliierten betrifft, daß aber Deutschland möglichst wehrlos erhalten werden soll, ist dagegen angebracht. Wir wollen wissen, ob Deutschland auch hierbei einseitig in Wehrlosigkeit und Kraftlosigkeit gehalten werden soll. Darum ist unser Antrag eingebracht, daß, ehe man den Antrag auf Eintritt in den Völkerbund stellt, mindestens abgewartet werden soll, welches Ergebnis die Vorbereitungskonferenz hat.

In der Innenpolitik und Wirtschaftspolitik enthält das Programm des Reichskanzlers viele Sätze, die uns in Verlegenheit bringen, ob wir sie anerkennen oder ablehnen sollen, weil sie nicht klar genug sagen, was nun geschehen soll. Wir müssen unser Urteil nicht nach den Worten und Formeln, sondern nach den Persönlichkeiten oder den politischen Kräften, die hinter diesen Persönlichkeiten stehen, richten. (Sehr richtig! rechts.) Das Kabinett ist nicht ein neutrales Kabinett der Mitte, sondern ein reines Parteiministerium. (Sehr richtig! rechts.)

Die Regierung der Mitte verlangt Unterstützung von rechts und links. Wir können auf die Dauer nicht zulassen, einer Regierung mit wechselnden Mehrheiten zu dienen. Wir müssen eine klare Entscheidung zwischen rechts und links verlangen. Wir meinen ferner, daß dieses Kabinett nicht die nötige Unabhängigkeit und Stärke gegenüber dem Einfluß der Sozialdemokraten hat. (Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe links.) Dafür spricht ja die Entstehungsgeschichte des Kabinetts.

Wir finden in diesem Ministerium gerade Herrn Marx, der von allen Mitgliedern des Hauses mit der allergrößten Zähigkeit bei den zahlreichen Regierungsverhandlungen an dem Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie festgehalten hat. Herr Marx ist der Träger der großen Koalition. Daher glauben wir, daß er auch in der kleinen Koalition die Politik so leiten wird, daß mit den Sozialdemokraten zusammengegangen werden kann.

Auf dem Gebiete der Kulturpolitik treten wir für die Sicherung und Erhaltung der Bekenntnisschule ein.

Reichskanzler Dr. Luther.

Es ist ausgesprochen worden, daß eine ganze Reihe von Fragen in der gestern vorgelegten Regierungserklärung nicht im einzelnen beantwortet ist. Das trifft ja unzweifelhaft zu. Es ergibt sich aber aus der Lage, in der sich die Regierung der Mitte befindet. Wenn eine Mehrheit in der Regierung sich zusammengeschlossen hätte, dann hätte man wohl vorher eine ganze Reihe von Einzelfragen durch Erörtern und in prägnanter Form darlegen können. So, wie der Tatbestand ist, handelt es sich um eine ganz andere Frage, nämlich einfach um die politische Frage, ob der Reichstag bereit ist, dieser Regierung, wie sie jetzt entstanden ist, die Möglichkeit zu praktischer Arbeit zu geben. Die Regierung hat sich zusammengefunden, nachdem uns Bildungen von Mehrheiten nicht möglich gewesen sind. Irgendwie muß Deutschland schließlich regiert werden. (Große Heiterkeit.) Es ist leicht, darüber zu lachen. Aber hier gilt es nicht, den Humor parteipolitischer Auseinandersetzung walten zu lassen. Mit solchen Vokabeln wie Mißwirtschaft und überhaupt mit einzelnen Worten wird man ganz bestimmt der Lage, wie sie entstanden ist, nicht Herr, sondern man wird ihrer überhaupt nur Herr werden, wenn man mit Erfolg an die praktische Arbeit herangeht. Nun ist gesagt worden, es sei keine Regierung der Mitte. Ich frage Sie, wie soll denn eine Regierung der Mitte aussehen, wenn es nicht eine solche ist, die die Parteien der Mitte umfaßt? Es ist weiter gesagt worden, es sei keine neutrale Regierung. Ja, wie soll denn eine neutrale Regierung aussehen, wenn es nicht diejenige ist, zu der sich die Parteien der Mitte zusammengefunden haben. Es ist ausgesprochen worden, es sei zu viel mit den Parteien verhandelt worden. Ja, auf welchen Grundlagen sollte denn eigentlich gebaut werden? Es ist hin- und hergegangen in den Erörterungen. (Zuruf bei den Kommunisten: Wie bei einem Kuhhandel!) Es ist auf der einen Seite mit der Deutschnationalen Partei in Verbindung getreten worden, auf der anderen Seite mit den Sozialdemokraten. Wir wissen, daß eine Mehrheit dieses Hauses sich in den großen außenpolitischen Fragen ohne die Deutschnationale Volkspartei zusammengefunden hat. Wie soll nun eine einheitliche Regierung geführt werden? Wenn mir anderseits der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei zuruft, ich müßte mich endlich entscheiden und klare Stellung nehmen, ja, warum hat denn die Sozialdemokratische Partei sich nicht entschieden, in die Regierung hineinzugehen? (Sehr wahr! bei den Parteien der Mitte.) Wenn das der Fall gewesen wäre, würden wir jetzt hier vor einer wirklichen Mehrheitsregierung stehen und könnten auf einer ganz anderen Grundlage arbeiten. Nachdem diese beiden Voraussetzungen rechts und links nicht gehalten sind, sollten wir eigentlich im ganzen deutschen Volke den Parteien der Mitte dankbar sein, daß sie sich in ihrer Notgemeinschaft zusammengeschlossen haben, um die Regierung zu tragen. Wir haben gestern das Bild erlebt, daß bei der Abstimmung über eine an sich taktische Angelegenheit, die gewiß nicht von entscheidender Bedeutung ist, sich sofort die ganze Opposition, oder sagen wir, weil ich in keiner Weise wünsche, mich festzunageln, alle unsere taktischen Gegner sich zusammengefunden haben. Das war bis zu einem gewissen Grade lehrreich. Ich habe mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: hier steht eine Minderheitsregierung. Ich weiß so gut wie Sie alle, daß man damit, mit einer Minderheit als solcher, nicht regieren kann, sondern immer eine Mehrheit braucht. Aber gerade in dieser schweren Zeit ist es unmöglich, daß die Regierung etwa ihre Arbeit übernimmt auf der Hintertreppe abgelehnter Mißtrauensvoten. Auf dieser Grundlage können und wollen wir nicht arbeiten. (Beifall bei den Parteien der Mitte.) Ich bin einig darin mit sämtlichen Kabinettskollegen, daß wir auf eine positive Vertrauenskundgebung nicht verzichten können. (Beifall bei den Parteien der Mitte.)

Die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist grundsätzlich in diesem Hause gefallen. Wir können nicht darauf verzichten, eine klare, einheitliche Linie unseres Handelns durchzuführen, um unser Volk in der Welt wieder zur Geltung zu bringen. Der Satz meiner November-Erklärung, daß dies die Richtlinie unserer Haltung ist, ist für mich einfach selbstverständlich. Ich habe den Wunsch, Deutschlands Stimme auch im Völkerbund wieder zur Geltung zu bringen; es handelt sich nur darum, können wir unsere berechtigten Belange besser zur Geltung bringen draußen oder drinnen? (Zuruf rechts: Draußen!) Ich antworte: Drinnen! Ob ich das immer so gewollt habe? Bevor ich einen Vertrag abschließe, versuche ich selbstverständlich, bis zur äußersten Grenze des nach Lage der Verhältnisse Möglichen meine Interessen wahrzunehmen. Nachdem ich aber einen Vertrag geschlossen habe, stehe ich zu diesem Vertrag, unter der Voraussetzung, daß auch die anderen dazu stehen.

Sie selbst, Herr Graf Westarp, haben vorhin gesagt, die Einladung zur Abrüstungskonferenz anzunehmen, halten Sie für richtig. Das ist ganz mein Grundsatz. Wenn es sich darum handelt, über die wichtigsten Fragen des Vaterlandes zu verhandeln, dann bin ich dabei. Wir werden solche Männer hinschicken, die unsere Interessen vertreten werden. Entschließen wir uns im Rahmen des Völkerbundes, mit den Mitgliedern des Völkerbundes zu arbeiten, dann müssen wir auch Leute dort hinschicken, die das eine große Ziel, die Erholung und Kräftigung unseres Vaterlandes betreiben. Ueber die schwebenden Verhandlungen irgendwelche Auskunft an dieser Stelle zu geben, muß ich ablehnen. (Lärm rechts.) Sie müssen mir und dem Außenminister hierfür schon die Verantwortung überlassen. (Erneute Unruhe rechts.) Man kann die Sache organisatorisch doch nur so erfassen, daß man Angelegenheiten, die mitten im Fluß sind, in der Hand der Verhandelnden läßt. Die Regierung kann sich nicht hinstellen und über jede außenpolitische Frage, die ihr vorgelegt wird, Auskunft geben. (Unruhe rechts. Zurufe in der Mitte: Wo bleibt denn Ihr Führerprinzip?) Irgendein sachlicher Einwand gegen meine Ausführungen wird nicht erhoben durch den Zuruf, das ist sehr billig. Ich kann mich in meiner Grundanschauung nicht erschüttern lassen. Den gegen den Ministerpräsidenten eines anderen Landes hier gefallenen Ausdruck muß ich zurückweisen.

Zur Innenpolitik ist mir auch eine ganze Reihe Einzelfragen vorgelegt worden. In unserer harten wirtschaftlichen Notlage sind wir noch immer darauf angewiesen, das Mögliche mit dem Erwünschten gegeneinander abzuwägen. Wir dürfen nicht auf der einen Seite die Grundlage unserer Wirtschaft vernichten und auf der anderen Seite der Notlage der verzweifelten Menschen nicht gedenken, die jetzt draußen nicht mehr wissen, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Wir werden im Schoße der Regierung und bei der Einzelberatung des Etats alle Fragen sorgfältig untersuchen. Ich bin aber nicht in der Lage, heute eine Erklärung darüber abzugeben.

Wir wollen nicht eine Aenderung des Wahlrechts, sondern eine Aenderung der Wahlgesetzgebung. Wir wollen versuchen, einen Weg zu finden, durch den das Verhältnis zwischen dem deutschen Wähler und seinem Vertreter im Reichstag wie überhaupt in den Parlamenten wieder unmittelbarer gestaltet wird. (Sehr gut! bei den Regierungsparteien.) Ich bin persönlich der Ueberzeugung, daß gerade in der Demokratie der große erzieherische kulturtragende Gedanke der ist, daß der einzelne Wähler durch die Vermittlung des Gewählten ein persönliches Vertrauensverhältnis zu der Leitung der Dinge gewinnt. Die jetzige Bestimmung hat sich nicht bewährt, weil sie an die Stelle des gewählten einzelnen Menschen die Liste der Partei gesetzt hat. (Sehr richtig!)

Unser Ziel wird es sein, den einzelnen Wähler wieder unmittelbar eine Persönlichkeit wählen zu lassen. Die Regierung und die Männer, die sich zum Eintritt in sie bereit erklärt haben, glauben ihre Arbeit aber nicht übernehmen zu können, wenn ihnen nicht ein positives Vertrauensvotum gegeben wird. (Lebhafter Beifall in der Mitte.)

Die Demokraten.

Abg. Dr. Heuß (Dem.): Die Annahme des Paktes von Locarno schließt sachlich den Eintritt in den Völkerbund in sich. Beides ist nicht zu trennen. Wer für Locarno stimmt, muß logischerweise auch in den Völkerbund gehen. Es ist nicht zu verkennen, daß auch in der Frage der besetzten Gebiete seit den letzten zwei Jahren Großes geleistet worden ist, seit damals, wo noch der Machtwille Poincarés alles beherrschte. Jetzt gilt es, praktisch und mit Entschlossenheit in dem internationalen Instrument des Völkerbundes mitzuarbeiten, um noch mehr zu erreichen.

Wirtschaftliche Vereinigung.

Abg. Hampe (Wirtsch. Ver.). Die letzte Regierungskrise hat bewiesen, daß das durch die Weimarer Verfassung geschaffene parlamentarische Regierungssystem geradezu ausartet zu einer Gefahr und einer Schicksalsfrage für das deutsche Volk. Die Regierung ist eine Frucht dieses Systems. Besonders bedenklich wirkt es, wenn den Fraktionen die Auswahl der einzelnen Minister überlassen ist. Wir haben nichts dagegen, daß der neue Landwirtschaftsminister dem Zentrum angehört, aber könnte nicht jemand gefunden werden, der der Landwirtschaft näher steht als er?

Zur Innenpolitik übergehend, kritisiert der Redner die Art der Preissenkungsaktion. Bisher sei diese Aktion nur auf dem Rücken des gewerblichen Mittelstandes durchgeführt worden. In der Regierungserklärung seien einige deutliche Verbeugungen nach links gemacht worden. Das aus so verschiedenen Richtungen zusammengesetzte Kabinett werde kaum ein Schulgesetz zustande bringen, das einheitlichen Richtlinien folgt. Der Reichskanzler zeige bei jeder Gelegenheit eine Abneigung gegen das Handwerk. Man müßte ihm Richard Wagners Wort zurufen: „Verachtet mir die Meister nicht!“ Die Wirtschaftliche Vereinigung stehe in sachlicher Opposition zur Regierung in allen wirtschaftlichen Fragen.

Hierauf wird die weitere Besprechung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt, nachdem ein Antrag der Völkischen, ihren Antrag auf Einstellung der Daweszahlungen mit auf die Tagesordnung zu setzen, unter Heiterkeit gegen die Stimmen der Völkischen und Kommunisten abgelehnt wurde.

Schluß gegen 6.15 Uhr.

★

Vertrauensantrag der Regierungsparteien.

Berlin, 27. Jan. 1926. Die Regierungsparteien haben heute nach der Rede des Reichskanzlers, der für die Regierung ein positives Vertrauensvotum fordert, folgenden Antrag eingebracht: „Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstages.“

★

Der deutschnationale Mißtrauensantrag.

Berlin, 27. Jan. 1926. Der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen ist heute beim Reichstag eingegangen. Dieser hat folgenden Wortlaut:

> Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist mit diesem Mißtrauensvotum, das der Form nach die schärfste Fassung erhalten hat, die man ihm überhaupt geben konnte, in offene Opposition zur Regierung Luther übergegangen. Daraus folgt aber für die Regierung, daß sie keinen Grund mehr hat, auf die Deutschnationalen Rücksicht zu nehmen.

Eine befreiende Tat.

Das Schicksal des Kabinetts hängt von der Sozialdemokratie und der Wirtschaftlichen Vereinigung ab.

⊙ **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Die heutige Reichstagssitzung brachte zwei wichtige Tatsachen. Erstens die Rede des Grafen Westarp, welche die Kluft zwischen Regierung und Deutschnationalen noch erweiterte. Zweitens die ungemein scharfe Antwort des Reichskanzlers Dr Luther, der sich, als man auf der Rechten lachte, energisch „kleine Witze“ in dieser ernsten Stunde verbat und erklärte, er gebe sich nicht mit der Ablehnung der Mißtrauensvoten zufrieden, sondern fordere ein Vertrauensvotum für die Regierung, ohne das sie praktisch nicht arbeiten könne und werde. Durch diese Abfuhr seiner Gegner baute der Kanzler seine gestrige schwache Stellung zu einem großen politischen Erfolg aus. Er hielt den Parteien den Spiegel ihrer Verantwortung vor und zwang sie, bei der Abstimmung über das Schicksal des neuen Kabinetts vor dem Lande offen zu bekennen, ob sie Staatspolitik oder Parteipolitik treiben wollen. Ob wir heute Abend noch eine Regierung haben, wird von der Haltung der Sozialdemokratie und der Wirtschaftspartei abhängen, da die Deutschnationalen in ihrer Opposition trotz ihrer heutigen Niederlage wohl beharren werden, es sei denn, daß sie (in volksparteilichen Kreisen nimmt man es an) ihren heutigen Anwesenheitsbestand so regeln, daß der Kanzler doch eine Mehrheit erhält und die Reinsager der Wirtschaftspartei ausgeglichen werden. Die Sozialdemokraten wollen sich erst in letzter Stunde entscheiden, ob sie gegen das Kabinett stimmen oder sich der Abstimmung enthalten. Es ist bemerkenswert, daß von den deutschnationalen Morgenblättern die Deutsche Tageszeitung eine Reichstagsauflösung für nahe gerückt, aber für sehr bedenklich hält. Die Tägliche Rundschau sagt mit Recht, der Kanzler verlange klar von den Parteien die Erklärung, ob sie das Kabinett stürzen oder stützen wollen. Die Germania überschreibt ihren Artikel: „Die Regierung muß bleiben!“ Und die Vossische Zeitung fügt hinzu: Sonst bekommen wir nicht eine neue Regierungskrise, sondern eine Krise des Reichstags. Der Vorwärts sagt, die Sozialdemokratie werde in ihrer heutigen Fraktionssitzung voraussichtlich kein Mißtrauensvotum einbringen und auch für keines stimmen. Sie scheint sich also der Stimmabgabe enthalten zu wollen.

Aus dem Landtag.

Wp. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Nach einer Pause von etwa zwei Wochen trat der Preußische Landtag am Mittwoch wieder zu einer Vollsitzung zusammen, in der zunächst die erste Beratung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1926 auf der Tagesordnung stand. In mehr als einstündigen Ausführungen leitete der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff die Etatsberatungen ein, die für die Parteien am Donnerstag beginnen sollen. Der Finanzminister wies an Hand von Zahlenmaterial nach, daß eine gewisse Verbesserung gegenüber dem Haushaltsplan für 1925 nicht zu verkennen ist. Er betonte, daß noch immer eine viel zu starke Steuerbelastung im Etat vorgesehen sei, die durch weitere Ersparnismaßnahmen eingeschränkt werden muß. Der Landtag erledigte dann noch eine Reihe kleinerer Vorlagen. Am Donnerstag um 1 Uhr soll die erste Lesung des Etats für 1926 beginnen.

Der Arbeitsplan des Landtages.

VDZ. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Der Aeltestenrat des Landtages beriet am Mittwoch die Geschäftslage. Die allgemeine Aussprache zum Haushalt wird den Landtag voraussichtlich von Donnerstag bis Samstag beschäftigen. Am Freitag soll außerdem noch das Verhältnis Preußens zur Reichsbahngesellschaft zur Besprechung gestellt werden. Der Montagssitzung ist die Aussprache über den Strafvollzug vorbehalten. Des weiteren sollen in der nächsten Woche noch erledigt werden die Fürsorgepflicht und die zweite Beratung der Städteordnung. Die zweite Beratung des rheinisch-westfälischen Kommunalgesetzes soll am 9. Februar stattfinden.

WTB. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit zahlreichen Anträgen, die zur Untersuchung und Abgeltung der Hochwasserschäden vorlagen. Ein Regierungsvertreter erklärte, die Reichsregierung habe bereits die nötigen Schritte unternommen, um die Ursachen der Katastrophe zu erforschen und Mittel zur Verhütung künftiger Unglücke ausfindig zu machen. Die vorliegenden Anträge wurden nach Abschluß der Aussprache einem Untersuchungsausschuß übergeben.

VDZ. **Berlin**, 27. Jan. (Telegramm.) Ein Zentrumsantrag im preußischen Landtag wünscht, daß alle durch den Abzug der Besatzung freiwerdenden festen Baracken mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Wohnungen umgebaut werden.

Chamberlain in Paris.

MTB. **Paris**, 27. Jan. (Telegramm.) Der britische Außenminister Austen Chamberlain traf heute nachmittag 2,30 Uhr von Rapallo kommend mit seinem Sohne in Paris ein, wo er Gast des spanischen Pariser Botschafters Quinones de Leon sein wird. Er wurde am Bahnhof von Briand und einigen Beamten der französischen Regierung und der englischen Botschaft empfangen. Am Freitag morgen wird Chamberlain nach London weiterreisen.



Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919.
Ein systematischer Ueberblick von
Dr. Fritz Stier-Somlo,
ordentlicher Professor des öffentlichen Rechts und der Politik an der Universität Köln.
3. ergänzte u. wesentlich veränderte Auflage.
Preis 7 Mark.
Vorrätig in der Buchhandlung
Jos. Fischer.

Die Räumung.

Zur Räumung Krefelds.

Wp. **Krefeld**, 27. Jan. (Telegramm.) Nach einer Mitteilung des Presseamts dürfte bis Ende dieses Monats das Militär unsere Stadt bis auf kleine Abteilungen verlassen haben. Bis nach dem 15. Februar sind noch einige Abwicklungsstellen in unserer Stadt tätig, z. B. die Kommandantur und die Indentantur, auch verbleibt die Gendarmerie vorläufig noch hier. Wenn auch diese Abwicklungsstellen unsere Stadt verlassen haben und beim Oberbürgermeister eine Mitteilung von der Besatzung eingelaufen ist, erst dann gilt Krefeld als von der Besatzung befreit.

Niederhissung der britischen Flagge in Köln.

MTB. **London**, 27. Jan. (Telegramm.) Laut amtlicher Veröffentlichung wird die britische Flagge am kommenden Samstag niedergeholt werden. Damit wird die offizielle Besetzung der Kölner Zone, soweit England in Frage kommt, beendet. Dies gilt jedoch, wie der Daily Telegraph bemerkt, nicht für Belgien und Frankreich, die bisher ihre Abschnitte in der ersten Zone noch nicht geräumt haben. Das genaue Datum, an welchem die Räumung durchgeführt sein wird, sei noch nicht bekannt. Man rechnet damit, daß am 15. Februar die Botschafterkonferenz eine Note nach Berlin senden werde, in der sie die deutsche Regierung davon unterrichtet, daß die erste Zone nicht länger mehr besetztes Gebiet sei.

*

Der Temps gegen die Truppenverminderung.

MTB. **Paris**, 27. Jan. (Telegramm.) Zu der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand nehmen die Pariser Blätter Veranlassung, die Frage der Rheinlandbesetzung in höchst eindeutigen Auslassungen zu erörtern. Der Temps versucht, die deutsche Forderung einer Truppenverminderung auf 45 000 Mann mit dem Hinweis abzutun, daß sich die Lage seit der Vorkriegszeit geändert habe. Damals hätte die Masse der deutschen Truppen im Elsaß gestanden. Außerdem sei Deutschland im Rheinland auf eigenem Boden gewesen. Die Verbündeten seien keinen Augenblick in die Verpflichtung eingegangen, nach Zurückrufung der Engländer aus der Kölner Zone die Besetzungsstärke in der zweiten und dritten Zone herabzusetzen. Deutschland berufe sich fortwährend auf den Geist von Locarno, doch dürfe man den Verbündeten nicht zumuten, auf Sicherungen Verzicht zu leisten. Das Blatt behauptet, daß die französische und englische Regierung in der Frage der deutschen Entwaffnung darin übereingekommen seien, betreffend der Stärke und Verteilung der deutschen Schutzpolizei nicht nachzugeben.

Volkszählung in Italien.

WTB. **Rom**, 27. Jan. (Telegramm.) Die Bevölkerung Italiens betrug am 31. Dezember 1925 42 115 606, das heißt, 3 Millionen mehr als bei der letzten Volkszählung vor vier Jahren.

Bevorstehender Rücktritt des Kardinals Caspari.

WTB. **Paris**, 27. Jan. (Telegramm.) Der Berichterstatter des Petit Parisien in Rom will aus autorisierter Quelle erfahren haben, daß Kardinalstaatssekretär Erzbischof Caspari durch den demnächst von seinem Posten zurücktretenden Pronuntius Kardinal Fer[illegible] ersetzt werden soll. Wiederholt sei der Rücktritt Casparis angekündigt worden, aber heute werde er von den höchsten Persönlichkeiten der römischen Kurie als unmittelbar bevorstehend bezeichnet.

70. Rheinischer Provinziallandtag.

Wp. **Düsseldorf**, 27. Jan. (Telegramm.) Nach fleißiger Arbeit konnte der Provinziallandtag heute schon seine Tagung beenden. Um 1,30 Uhr wurde die Sitzung eröffnet. Das Haus befaßte sich zunächst mit den Hochwasserschäden. Landeshauptmann Dr. Horion berichtete, daß die Hochwasserschäden in der Rheinprovinz nach den bisherigen Ermittelungen über 50 Millionen Mark betrügen. Nicht weniger als 60 000 Hektar landwirtschaftlich benutztes Land haben unter Wasser gestanden. Das Wesentliche des Unglücks, von dem die Provinz betroffen worden sei, liege in der Zeit, in der es sich ereignete. In früheren Jahren wäre es verhältnismäßig leicht gewesen, die Folgen dieser Katastrophe zu überwinden. Heute sei die private und öffentliche Wirtschaft völlig zusammengebrochen. Vor allem könne man von der öffentlichen Wirtschaft, an die man in erster Linie bei der Milderung der Folgen des Unglücks denke, sagen, daß sie am Rande des Zusamenbruches stehe. Auch die Rheinprovinz sei nicht mehr in der Lage, bei der großen Not so zu helfen, wie es wünschenswert sei. Die finanzielle Lage der Rheinprovinz sei durch den Finanzausgleich außerordentlich ungünstig beeinflußt worden. Der vorige Landtag habe den Haushaltsplan auf 116 Millionen Mark festgesetzt, von denen 10,5 Millionen durch Provinzialumlage zu erheben waren. Die Ausgaben haben den Ansatz auch nicht wesentlich überschritten. Ganz anders stehe es um die Einnahmen. Nicht weniger als 5 Millionen Mark Mindereinnahmen habe die Provinz durch den Finanzausgleich an Steuerüberweisung zu verzeichnen, sodaß voraussichtlich der ordentliche Haushaltsplan mit einem Defizit von 5 Millionen Mark abschließe. Dazu komme jedoch der außerordentliche Haushaltsplan von 5,9 Millionen Mark, für die eine Deckung nicht vorhanden war. Die Deckung sollte gesucht werden durch eine Anleihe, die die Provinz nicht bekommen habe. Die Mittel sollten vorschußweise bei der Landesbank der Rheinprovinz aufgenommen werden. Von dem außerordentlichen Haushaltsplan seien 5,3 Millionen Mark ausgegeben worden und das Defizit würde noch größer sein, wenn die Provinz nicht über einen Betriebsfonds von 3,4 Millionen Mark verfügte. An sich habe die Provinz heute an ungedeckten Vorschüssen bei der Landesbank 8,3 Millionen Mark zu verzeichnen. Es wären daher alle Gründe vorhanden, mit einer bedeutenden Nachtragsforderung an Provinzumlage an den Landtag heranzutreten. Der Provinziallandtag habe jedoch mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage der Stadt- und Landgemeinden zunächst von einer Nachforderung an Provinzialumlage Abstand genommen und wolle es bei der unsoliden Vorschußwirtschaft zunächst belassen. Die Aussichten für den nächsten Haushaltsplan seien jedoch noch viel ungünstiger. Nach Mitteilungen von Berlin werde die Rheinprovinz im kommenden Verwaltungsjahr an Reichssteuerzuschüssen 8 Millionen Mark weniger bekommen als im Vorjahre. Trotz aller dieser schwierigen Verhältnisse habe der Provinzialausschuß jedoch beschlossen, neben den bereits für Hochwasserschäden bewilligten 1,2 Millionen Mark noch weiter 1 Million Mark und 600 000 Mark für besondere Schäden zu bewilligen. Die Landesbank habe darüber hinaus 3 Millionen Mark zu billigem Zinssatz zur Verfügung gestellt. Es komme nach dieser ersten Hilfe nun darauf an, daß der Staat in wirksamer Weise weiter helfe. Vielleicht werde es dann auch noch möglich sein, daß die Provinz noch Mittel aufbringe. Wichtig sei neben diesen Hilfsmaßnahmen die Vorsorge für einen hinreichenden Hochwasserschutz. Die hier in Frage kommenden Maßnahmen seien einmal die Möglichkeit, das Hochwasser vom Niederrhein fernzuhalten und zweitens die Hochwasserschäden durch Freilegung des Hochwassergebietes zu mindern. Im Bezirk Düsseldorf würde die Freilegung des Abflußgebietes allein 12 Millionen Mark kosten. Weiter sei die Verstärkung der Deiche und anderer Maßnahmen zur Bekämpfung des Hochwassers zu erwägen.

Bei der großen Notlage, in der sich die Rheinprovinz befindet, sei es dringend notwendig, daß Reich und Staat auf diesem Gebiet möglichst schnelle Hilfe leisten. Der Antrag des Provinzialausschusses geht dahin, sich mit der Bereitstellung von 1,2 Millionen Mark für die Hochwassergeschädigten einverstanden zu erklären und weiter 1 Million zu bewilligen, wenn diese Summe auf 10 Jahre vom Staate vorgestreckt wird zu 6 Prozent Zinsen. In den nächstjährigen Haushaltsplan sollen weiter 200 000 Mark zur Unterstützung des Baues von Hochwasserschutzanlagen und 440 000 Mark zur Beseitigung der an den Straßen und Brücken des Provinzialverbandes entstehenden Schäden eingesetzt werden. Der Provinzialausschuß soll beauftragt werden, in Verbindung mit den zuständigen Verwaltungsstellen zu prüfen, durch welche Maßnahmen in Zukunft ähnlichen Katastrophen vorgebeugt werden kann. Der Provinziallandtag erwarte, daß das hierüber aufzustellende Hochwasserschutzprogramm mit Hilfe von Staats- und Reichsmitteln beschleunigt zur Durchführung gebracht wird.

Nach längerer Debatte wurde in diesem Sinne beschlossen. Es folgten die Wahlen zum preußischen Staatsrat. Abgegeben wurden 163 Stimmen. Das Haus ist also vollzählig zusammen. — Es erhielten Zentrum 72, Arbeitsgemeinschaft 36, Sozialdemokraten 23, Kommunisten 21, Wirtschaftliche Vereinigung 11 Stimmen. Demgemäß erhält das Zentrum 7, die Arbeitsgemeinschaft 3, die Sozialdemokraten 2, die Kommunisten 2 und die Wirtschaftliche Vereinigung 1 Sitz. Gewählt sind demnach: Dr. Adenauer-Köln, Elfes-M.Gladbach, Geheimrat Hagen-Köln, Dr. Kaas-Trier, Geheimrat Peter Klöckner-Duisburg, Gutsbesitzer Pauli Lövenich, Strunk-Essen, Dr. Jarres-Duisburg, Dr. Wesenfeld-Barmen, Krupp von Bohlen und Hallbach-Essen, Dr. Meerfeld-Köln, Eberle-Barmen, Bender-Barmen, Frisch-Köln, Schuldirektor Wilhelm Hermann-Lennep. Es folgt die Wahl zum Provinzialausschuß. Abgegeben wurden 164 Stimmen. Da der Landtag aber nur 163 Abgeordnete zählt, wurde die Wahl für ungültig erklärt, wobei der Vorsitzende Dr. Jarres erklärte, er hoffe, daß ein solcher Vorgang sich nicht wiederholen werde, das, wenn es Absicht gewesen sei, noch nicht seinesgleichen gehabt habe. Nach einer Pause folgte dann die Wiederholung der Wahl. Es wurden 163 Stimmen abgegeben, die sämtlich gültig waren. Davon erhielten Zentrum und Arbeitsgemeinschaft, welche Listenverbindung hatten, 108 Stimmen (Zentrum 72 und die Arbeitsgemeinschaft 36 Stimmen), Sozialdemokraten 23, Kommunisten 21 und Wirtschaftliche Vereinigung 11 Stimmen. Sitze erhalten danach Zentrum und Arbeitsgemeinschaft 10, davon Zentrum 7 und Arbeitsgemeinschaft 3, Sozialdemokraten 2, Kommunisten 1 und Wirtschaftliche Vereinigung 1 Sitz. Die Veränderung besteht lediglich darin, daß die Sozialdemokraten einen Sitz an die Wirtschaftspartei verloren haben. Zum Vorsitzenden wurde Abg. Dr Adenauer (Köln, Ztr.) gewählt.

In einer persönlichen Bemerkung erklärte der Abg. Vaterrodt (W. Vgg.), daß keine Rede davon sein könne, daß ein Mitglied seiner Fraktion (Dr. Limbourg) irgendwie mit dem Separatismus in Zusammenhang zu bringen sei. An diese Bemerkung schloß sich eine teilweise sehr lebhafte Erörterung, in der es hieß, man freue sich, wenn das wahr sei.

Angenommen wurde eine Entschließung des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokraten, wobei sich die Kommunisten der Stimme enthielten. Diese lautet wie folgt:

„Der Provinziallandtag entbietet dem Ruhrgebiet und den Sanktionsstädten nach der Befreiung von der Besetzung herzlichen Gruß, nicht minder auch der Bevölkerung der ersten Zone aus Anlaß der begonnenen Räumung. Er stellt dabei fest, daß es sich bei dieser Räumung nicht um ein Entgegenkommen der Besetzungsmächte handelt, sondern lediglich um die Wiedergutmachung frühern Unrechts und die verspätete Erfüllung längst fälliger Verpflichtungen. Als ein um so größeres Unrecht muß es der Provinziallandtag bezeichnen, daß für die zweite und dritte Zone nicht nur die nach den Verhandlungen von Locarno und der Note vom 14. November 1925 mit Recht erwartete Erleichterung der Besetzung nicht eingetreten ist, daß vielmehr viele Orte eine erhebliche Erschwerung zu beklagen haben. Der Provinziallandtag erwartet, daß die Rückwirkungen von Locarno in viel höherem Maße als bisher auch bei den Besetzungstruppen einschließlich der Gendarmerie sichtbar werden. Insbesondere wird das Gefühl der Unsicherheit und Enttäuschung durch die Tatsache verstärkt, daß eine Bindung der Festsetzung über die Abkürzung der Räumungsfristen für die zweite und dritte Zone sowie über die alsbaldige Regelung der Verhältnisse im Saargebiet noch nicht erfolgt ist. Ferner widerspricht es völlig den von der rheinischen Bevölkerung an die Verhandlungen von Locarno geknüpften Erwartungen, daß die Besetzungstruppen von neuem Gelände in erheblichem Umfange für Uebungs-, Schieß- und Flugplätze in Anspruch nehmen und daß von neuem Mobilmachungsvorbereitungen vorbereitet werden. Es muß erwartet werden, daß die Pferde-, Fahrzeug- und Kraftwagenmusterungen und deren Zuweisung an bestimmte Truppenteile sofort eingestellt werden. Der Provinziallandtag ersucht die Reichsregierung auf das dringendste, kein Mittel unversucht zu lassen, um der schwer bedrängten Bevölkerung der zweiten und dritten Zone sowie dem Saargebiet zu ihren Rechten zu verhelfen."

Hierauf stellte der Vorsitzende Dr. Jarres (Duisburg) fest, daß die Tagesordnung erledigt sei und erteilte dem Staatskommissar Oberpräsidenten Fuchs das Schlußwort, der den Mitgliedern des Hauses für die dem Staat geleisteten Dienste den Dank der preußischen Staatsregierung aussprach und die Tagung für geschlossen erklärte. Schluß 9,30 Uhr.

Gift im Blut.

Roman von Heinrich Laden.

Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf.

84) (Nachdruck verboten).

Plötzlich fiel ein heller zitternder Fleck vor der einsamen Frau auf den Boden. Sie blickte hastig empor. Die runde Scheibe des Vollmondes war über die Wipfel der Palmen heraufgestiegen. Größer ward der Fleck. Ueber die Maßen gespenstisch erschien der einsamen Frau dieses unirdisch grünliche Licht, das in die dicke Finsternis zu ihr hereindrang.

Plötzlich entstand das Geräusch eines leichten Schrittes. Ria Pombal erhob den Kopf, doch es war zu dunkel, um auch nur das geringste zu sehen.

„Ist jemand da?" fragte sie mit leise bebender Stimme.

„Ich bin's, Memsahib — Kurullu," antwortete eine leise Stimme. Zugleich flammte ein Licht empor. Der Eingeborene hatte eine in Wachs getauchte Kienfackel in Brand gesetzt. In dem unruhig flackernden Licht sah Ria, daß Kurullu einen Korb aus geflochtenen Binsen, mit einem Deckel fest verschlossen, bei sich trug.

„Hast du, was ich brauche?" stieß sie bebend hervor.

„Ja, fünf Stück. Und jede einzelne ist furchtbar," flüsterte der Diener.

„Umso besser. Wo ist der weiße Sahib jetzt?"

„Auf der Jagd. Mit seinem Freunde und drei Dienern. Sie können aber jeden Augenblick zurückkehren."

„Dann also laß uns eilen, daß wir vor ihnen da sind."

Bald darauf standen sie am Waldrand. Auf einem schmalen Feldweg erreichten sie das Hinterpförtchen in der Pallisadenwand, zu dem Kurullu sich den Schlüssel besorgt hatte. Er öffnete das Tor und beide traten in den Park. Der Mond stand in vollster Klarheit am Himmel und übergoß alles mit einem zauberhaften grünlichen Licht der Unwirklichkeit.

Vor den beiden nächtlichen Wanderern tauchte im Gebüsch das Bungalow auf, in dem Ponks wohnte. Beide blieben stehen und lauschten in die Stille hinein. Kein Laut. Das Haus lag dunkel und tot.

„Der Sahib ist noch nicht von der Jagd zurück", flüsterte Kurullu. „Warte hier auf mich, Memsahib."

Geräuschlos huschte er die hölzerne Treppe hinauf, die in das Innere des Bungalows führte. Eine Minute verstrich. Dann tauchte der Hindu im Mondlicht wieder auf. Er grinste diabolisch.

„Der Korb steht im Schlafzimmer des Sahib", zischelte er. „Wenn du den Deckel aufhebst —"

„Schon gut", winkte Ria herrisch ab. „Geh jetzt und besorge das Pferd. Ich werde mich schon zurechtfinden."

Wie ein Schatten verschwand der Hindu im Dunkel der Nacht. Ria Pombal war allein. Zögernd ging sie auf das Bungalow zu — langsam setzte sie den Fuß auf die unterste Stufe. Zum ersten Male in all diesen Stunden kam es über sie wie Unentschlossenheit — nun, da sie dicht vor der Ausführung einer ungeheuerlichen Racheat stand. Ein unklares Gefühl, das sie von dieser Schwelle zurückscheuchte, kam über sie —

Da zuckte sie heftig zusammen. Sie glaubte auf den Wegen des Parkes einen leichten Schritt gehört zu haben. Hastig wie auf der Flucht, eilte sie die wenigen Stufen hinan und verschwand im Inneren des Hauses.

Hier war sie von vollkommener Dunkelheit umgeben. Eine ganze Minute lang stand sie und lauschte. Ihr Herz pochte in hörbaren Schlägen. Doch im Hause regte sich nichts. Da zog sie eine elektrische Taschenlampe hervor und schaltete das Licht ein. Ein dünner, scharfer Strahl erhellte den Raum. Sie blickte umher. Sie befand sich in einem kleinen, hübsch möblierten Gemach, halb Wohn-, halb Arbeitszimmer. Die Tür zum Nebenzimmer stand weit offen. Ria warf einen Blick hinein. Es war das Schlafzimmer. In einem Winkel des Gemachs stand das Lager, von einem dichten Moskitonetz umgeben.

Ein zerrissenes, fast irres Lächeln verzerrte das leichenhaft starre Gesicht des jungen Weibes. Sie nahm den Korb, den Kurullu inmitten des Zimmers niedergestellt hatte, hob ihn auf das Bett und begann mit hastigen Händen die Verschnürung zu lösen, die den Deckel befestigte. Der Korb war mit frischen Blättern und Gras angefüllt und machte so einen durchaus harmlosen Eindruck. Wie gebannt starrte Ria, in der einen Hand die Lampe, die ihren scharfen Strahl auf das Innere des Korbes richtete, auf den geheimnisvollen Inhalt, der sich plötzlich zu regen begann. Ein leises scharfes Zischen ertönte — ein seltsamer, geheimnisvoller Laut, der auch in dem Ohre des Nichtkundigen wie eine Warnung vor entsetzlicher Gefahr geklungen hätte — —

Plötzlich fuhr Ria Pombal einen Schritt zurück. Eine mächtige Kobra hob ihren häßlichen aufgeblähten Kopf aus dem Blätterwerk hervor. Bösartig züngelte sie dem scharfen Lichtstrahl entgegen. Ria zuckte mit einem Aufschrei zusammen — die Lampe entglitt ihrer Hand —

Da vernahm sie auf der Treppe des Bungalows einen haltigen Schritt — dann im Nebenzimmer —

Sie wollte in einen Winkel des Gemaches flüchten, doch ihre Füße waren wie gelähmt — sie vermochte nicht, sich von der Stelle zu bewegen —

Da flammte das elektrische Licht auf. Strahlende Helle erfüllte das Gemach. Auf der Schwelle stand Ponks.

„Ah!"

Ein kurzer, überraschter, scharfer Ausruf, — dann stand er dicht vor dem wie versteinert stehenden Weibe. Ergriff mit eisernem Druck ihre Hand.

„Ria Pombal — Sie hier? — Was machen Sie hier? Wer hat Sie gerufen? Sie sehen mich höchst erstaunt. Wie können Sie es wagen, gegen meine ausdrücklichen Dispositionen zu handeln?"

Sie brachte kein Wort hervor. Totenbleich war ihr Gesicht.

„Ria Pombal, ich frage Sie, was Sie hier machen? Wer hat Sie geheißen, hierherzukommen?"

Ihre Lippen blieben fest verschlossen — nur ihre Augen sprachen. Und was sie sprachen, das war Zorn, Haß, Wut, Verachtung — und unbändige Rachsucht. Was sie geplant hatte, das erkannte Ponks noch nicht, denn Rias Körper verdeckte ihm die Aussicht auf das Bett und auf den Korb, aus dem sich langsam, mit fürchterlicher Heimlichkeit, fünf große Kobras hervorringelten.

Er trat ganz dicht zu ihr heran, so daß ihre Körper sich berührten. Sie erhob abwehrend die Hände gegen ihn, doch er ergriff sie bei den Gelenken und preßte sie so fest, daß sie einen Schmerzenschrei ausstieß.

„Lassen Sie los — Sie Verbrecher — Mörder — oder —"

„Ah, das ist ja eine ganz neue Sprache, die Sie gegen mich führen. Ich war also auf dem richtigen Wege. Sie scheinen aber ganz vergessen zu haben, daß wir hier in der Wildnis sind, meine Schönste. Hier herrscht das Gesetz, das der Stärkere schreibt. Und von uns beiden bin wohl ich der Stärkere."

Langsam drängte er sie gegen das Bett. Sie wehrte sich mit aller Kraft. Doch gegen die Gewalt seiner Muskeln war sie wehrlos. Ihr Widerstand aber entflammte Ponks zu plötzlich ausbrechender Wut.

„Jetzt reden Sie endlich, wenn Sie nicht wollen, daß ich Sie erwürge!" brüllte er, alle Vorsicht vergessend. Er versuchte, sie auf das Bett niederzudrücken, sie aber wehrte sich wie eine Verzweifelte.

„Hilfe — Hilfe!" kreischte sie. Messerscharf durchschnitt der Schrei die Stille der Nacht.

(Fortsetzung folgt.)

Gottesdienst-Ordnung

für die Pfarre St. Mariä-Himmelfahrt Jülich.

Feier des Ewigen Gebetes in der Pfarrkirche zu Jülich am Freitag, 29. Januar.

Donnerstag nachm 5—7 Uhr Beichtgelegenheit **Freitag:** 6 Uhr Aussetzung des Allerheiligsten und hl. Messe; 7 Uhr hl. Messe; 7 45 Schulmesse; 9 Uhr feierliches Hochamt. Vor und nach jeder hl. Messe wird die hl. Kommunion ausgeteilt. 10—12 Uhr stille Anbetungsstunden für Paramenten-Elisabeth-Verein, Fürsorgeverein und die Ordensschwestern; 12—1 Uhr zum Troste der armen Seelen mit Segen (Barmherzige Bruderschaft). 1—2 Schulmädchen, 2—3 Schulknaben; 3 Uhr feierl. Vesper; 4—5 Jungfrauenkongregation; 5—6 Frauen und Mütter; 6—7 Bruderschaft vom guten Tode; 7—8 Uhr feierl. Komplet und Litanei unser Pfarrcäcilienchor singt die mehrstimmige Komplet für gemischten Chor von Schöllgen; 8—9 Jünglinge, Gesellen, Männerapostolat und Arbeiterverein; 9—10 Volksbetstunde für die Wiedervereinigung Deutschlands im Glauben. Von 10—5 Nachtbetstunden für die Männer und Jünglinge. Samstag früh: 5 Uhr feierl. Hochamt mit Te Deum und Schlußsegen.

Nachtbetstunden beim Ewigen Gebete.

10—11 Uhr abends: Marktstr., Kirchstr., Kirchplatz, Markt von Fikenscher bis Martin Wolff, Kölnstr. bis zur Post; 11—12: Kapuzinerstr., Baierstr., Schloßstr.; 12—1: Gr. Rurstr. bis Brücke, Rurkasernenstr., Königsgasse, Herzog-Wilhelm-Allee, Paqualinistr., Turmstr., Walramplatz, kl. Rurstr.; 1—2: Grünstr. von kl. Rurstr. bis Glaremin, Raderstr., Düsseldorferstr von Markt bis Raderstr. und die Häuser am Markt bis Rathaus; 2—3: Grünstr. von Glaremin bis Schirmerstr., Bocksgasse, Schützenstr., Schirmerstr, Düsseldorferstr. von Raderstr. bis Linnicherstr; 3—4: Kölnstr. Post bis Friedrichstr, Schloßplatz, Kurfürstenstr., Friedrichstr, Wilhelmstr., Römerstr, Neußerstr.; 4—5: Bongardsstr., Sepulchrinerstr., Herrenstr., Stiftsherrenstr. Bauhofstr., Hubertusstr., Kaiserallee, Bahnhofstr., Dürenerstr., Hohenzollernstraße.

Wir bitten die Pfarrkinder, den Tag des Ewigen Gebetes auszuzeichnen durch den Empfang der hl. Kommunion, die hl. Messen, die Betstunden und besonders die feierlichen Gottesdienste zahlreich zu besuchen.

Handwerker der Stadt und des Kreises Jülich.

Gemäß Versammlungsbeschluß vom 27. ds. soll versucht werden, für alle arbeitslosen oder nicht vollbeschäftigten Handwerksmeister eine **Unterstützung** zu erreichen. Wir bitten alle sich in Notlage befindlichen Handwerker, mündlichen oder schriftlichen Antrag mit kurzer Begründung an Herrn **K. Platzhoff, Jülich,** Grünstraße, zu richten.

Innungsausschuß des Kreises Jülich.
Handwerksmeisterverein der Stadt Jülich.

Zwangs-Innung für das Herrenschneiderhandwerk des Kr. Jülich.

Dienstag den 2. Februar, nachmittags 2 Uhr,
Restaurant Meller, Kölnstraße:

Quartals-Versammlung.

Die **Tagesordnung** wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Die aus 1925 stammenden **restlichen Innungsbeiträge** können daselbst bezahlt werden.

Um allseitiges Erscheinen wird dringend gebeten. J. A.: **Chenaux,** Obermeister.

Der **Haushaltungsplan für 1926** liegt zur Einsicht 14 Tage bei mir offen.

Land zu verkaufen,

günstig gelegen für **Aldenhoven** u. **Erberich.**

Schriftliche Angebote unter **L. Z. 34** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Universal-Mittel
Hermanns-Kräuter-Extrakt.
Sicherste Vorbeugung g. Erkrank. Zahlr. Dankschr.
Best. z. h. Kaufhaus-Drog. **Meeßen.**



Vorrätig in der
Buchhandlg. Jos. Fischer, Jülich.



Jeden Donnerstag
in allen Verkaufsstellen:

Großer Fisch-Verkauf!

Bratschellfisch	Pfd.	30 Pfg.
Großer Schellfisch und Cabliau	Pfd.	60 Pfg.
Holländischer Bratschellfisch	Pfd.	30 Pfg.
Holländischer Angelschellfisch	Pfd.	70 Pfd.
Holländischer Cabliau ohne Kopf	Pfd.	70 Pfg.
Gewässerter Stockfisch	Pfd.	50 Pfg.
Bratbückinge	Stück	15 Pfg.
Roheßbückinge, ganz große	3 Stück	20 Pfg.
Kieler Sprotten	Pfd.	80 Pfg.
Beste holländische Vollheringe	Stück	10 Pfg.
Beste holländische Vollheringe Milchener	Stück	12 Pfg.
Bratheringe	Stück	15 Pfg.
Bismarkheringe	Stück	15 Pfg.
Rollmöpse	Stück	15 Pfg.
Eingemachte Heringe	Stück	15 Pfg.
Grüne Heringe	3 Pfd.	50 Pfg.
Frische Muscheln	Pfd.	10 Pfg.
Bratheringe, Rollmöpse, Bismarkheringe, Sardinen	1 Liter-Dose	125 Pfg.
Große Dose Oelsardinen	Dose	75 und 100 Pfg.
Große Dose Oelsardinen, franz.		150 und 200 Pfg.

Frisches Gemüse.

Frischer Kopfsalat	Stück	25 Pfg.
Frischer Endivien-Salat	Stück	25 Pfg.
Frischer Blumenkohl	Stück	30, 50, 75 Pfg.
Frischer Weißkohl	Stück	40 Pfg.
Frischer Wirsingkohl	Stück	40 Pfg.
Frischer Rotkohl	Stück	40 Pfg.
Rosenkohl	Pfd.	50 Pfg.
Frischer Meerrettig	Stück	25 Pfg.
Frische Schwarzwurzeln	Pfd.	50 Pfg.
Frischer Zwiebel	Pfd.	10 Pfg.
Frische Koch- und Tafeläpfel	Pfd.	25, 80 Pfg.
Frische Zitronen	10 Stück	95 Pfg.
Frische süße Apfelsinen	10 Stück	45 Pfg.
Frische süße Apfelsinen	10 Stück	75 Pfg.
Frische süße Apfelsinen	10 Stück	95 Pfg.

Billig und gut.

Frische Trinkeier	10 Stück	120 Pfg.
Frische Trinkeier, schw. Ware,	10 Stück	150 Pfg.
Klatsch-Käse	Pfd.	25 Pfg.
Stangen-Käse, bester	Pfd.	70 Pfg.
Landbutter	Pfd.	180 Pfg.
Molkerei-Butter	Pfd.	210 Pfg.
Reines Schweine-Schmalz	Pfd.	95 Pfg.
Kokos-Schmalz	Pfd.	90 Pfg.
Pflanzenfett	Pfd.	75 Pfg.
Palmin, bestes	Pfd.	85 Pfg.
Rüböl	Liter	110 Pfg.
Backöl, bestes	Liter	120 Pfg.
Salatöl	Liter	150 Pfg.
Haus Kolf-Margarine	Pfd.	65 Pfg.
Haus Kolf-Margarine, prima	Pfd.	75 Pfg.
Haus Kolf-Margarine, extra	Pfd.	85 Pfg.
Stampfzucker	Pfd.	30 Pfg.
Würfelzucker	Pfd.	40 Pfg.
Hühner-Mais	Pfd. 15 und	18 Pfg.
Bruchreis	Pfd.	18 Pfg.
Kochreis	Pfd. 25, 30, 40 und	50 Pfg.
Koch-Gerste	Pfd. 20, 25 und	30 Pfg.
Reismehl	Pfd.	35 Pfg.
Haferflocken	Pfd.	25 Pfd.
Haferflocken	Paket 35 und	40 Pfg.

Kaufhaus
Frz. Kolf
Groß- und Kleinhandel,
Jülich und Verkaufsstellen,
Fernsprecher 36.

Schloßplatz-Theater

Fernsprecher 293 Jülich Fernsprecher 293

Das Ziel aller,
das große Ereignis,
ist:
Freitag bis Montag
Prof. Heinr. Zille's Großfilm

Die Verrufenen

„Der fünfte Stand"

Ein Großstadtbild aus Berlin-N. und O.

8 gewaltige Akte nach Erlebnissen und scharfen Beobachtungen von Prof. Heinr. Zille.

In den Hauptrollen:
Bernh. Goetzke, Aud Egede Nissen,
Marg. Kupfer, Mady Christians, Frieda Richard,
Artur Bergen, Paul Günther u. a. m.

Das Schicksal der Menschen des „Fünften Standes"
— mit so unerhörter Klarheit vor Augen gerückt, wie es nur Meister Zille und sein Film kann —
schon von Tausenden Zuschauern miterlebt und mitgefühlt,
ein Film, der die Menschen packt und fesselt.

Die „Düsseldorfer Zeitung" sagt zu diesem Werk:
„Geht in Massen zu diesem Film".

Ferner: Grete Reinwald in
Wege des Schicksals,
5 Akte nach dem Roman von Wolff Hudes.

Verstärktes Orchester.

Platzpreise: 0.80, 1.20, 1.50, 2.—, 2.50, 3.—.
Freikarten haben Sonntags keine Gültigkeit.

— Verlängerung der Spielzeit ausgeschlossen. —

Vorführung: Werktags ab 5 Uhr, Sonntags ab 2 Uhr.

Brief-Papier
in den einfachsten bis zu den feinsten Ausführungen empfehle auch als pass.
Fest-Geschenke
// bei allen Gelegenheiten. //
Mache auf das augenblickliche
Sonderfenster
in feinstem Brief-Papier der weltbekannten Firma Max Krause, Berlin, ganz besonders aufmerksam.

Buchhdlg. Jos. Fischer.